

Bezugspreis:

Bestelljahr 10.—R., monatlich 10.—R. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsausgabe „Welt u. Zeit“ ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Anzeigenstelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 8. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Regierungsbildung in Sachsen.

Dresden, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen über die Regierungsbildung ...

Der neu gewählte Sächsische Landtag trat heute nachmittags 3 Uhr im reichhaltigen Blumen geschmückten Saale zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Rücktritt des Bremer Senats.

Bremen, 7. Dezember. Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ...

Deutschösterreichs Repräsentant.

Wien, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Nationalrat wird am morgigen Mittwoch den Bundespräsidenten wählen.

Die Note gegenehrenbach.

Die Ankündigung der neuen Ententennote, die den Inhalt der letzten amtlichen Ministerreden in Wien und Athen zum Gegenstand einer Beschwerde macht, hat eine ziemlich starke Verwirrung hervorgerufen.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß dem Reichskanzler Fehrenbach und dem Außenminister Dr. Simonis solche Störungabsichten ganz ferngelegen haben und daß sie nicht so oder gar nicht geredet haben würden.

Ententekreisen behauptet wird — die Note gegen Fehrenbach und Simonis auch die Billigung Amerikas gefunden hat.

Die Lage, in die das deutsche Volk und seine Vertretung geraten sind, werden andere Völker nur dann begreifen, wenn sie sich bemühen, sich in ihren Gedanken selber in sie zu versetzen.

Wie wir im gestrigen Abendblatt mitteilten, wurde unser Parteiblatt in Lrier, die „Volkswacht“, wegen Veröffentlichung eines Artikels aus der „Humanität“ vom deutschen Auswärtigen Amt auf drei Tage verboten.

Wenn wir, die Alliierten, fortwährend, täglich, stündlich so viele arme Leben zugrunde gehen zu lassen, so werden wir alles Recht verlieren, den deutschen Diktatorn selbst ihre wüsten Verbrechen vorzuwerfen.

Man sollte annehmen, daß diese Ausführungen eines einsichtigen Franzosen unbeanstandet hätten veröffentlicht werden dürfen. Doch weit gefehlt!

Rat und Versammlung.

Auf der Völkerversammlung wurde lange darüber geredet, ob der ständige Rat oder die nur einen Monat im Jahr tagende Versammlung die größere Zukunftsfähigkeit haben solle.

Kein Advokat Deutschlands.

Genf, 6. Dezember. (WZV.) Buenredon erklärte dem Cavadovertreter, daß die argentinische Delegation in Genf nur ihre Grundzüge verteidigt habe und daß niemand das Recht habe zu behaupten, sie habe sich zum Advokaten Deutschlands gemacht.

Hilfe für Osteuropa.

Die Genfer Versammlung behandelte die Frage der Tuberkulosebekämpfung in Polen, worüber Foster (Kanada) Bericht erstattete. Die Kommission schlug einen dringenden Appell an sämtliche Staaten vor zur wirksamen Bekämpfung der in Osteuropa herrschenden Epidemien.

Irland will Frieden!

London, 7. Dezember. (WZV.) Arthur Henderson, der Vorsitzende der von der englischen Arbeiterpartei zur Untersuchung der Lage in Irland eingesetzten Kommission, ist nach London zurückgekehrt.

Quellen des Lebens.

Von Ludwig Quessel.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat zur Ernährungsdebatte einen Antrag eingebracht, der die Uebernahme der gesamten Düngereindustrie auf das Reich fordert.

Drei Grundstoffe braucht unser Acker, um reichere Frucht zu tragen: Stickstoff, Phosphorsäure und Kali.

Ohne Kalium kann keine Pflanze gedeihen. Kalireiche Böden sind fruchtbarer als Kaliarme. Sorge bereitet uns trotzdem nur die Stickstoff- und Phosphordüngung, weil die Kali-düngung im allgemeinen als ausreichend angesehen werden kann.

Auf eine ganz neue Basis wurde die Stickstoffgewinnung gestellt, als es 1913 der deutschen Industrie gelang, 10 000 Tonnen reinen Stickstoff aus der Luft zu gewinnen.

Noch ungünstiger gestaltete sich die Lage bei der Phosphatdüngung. Sieht man nämlich von der Thomasphosphatmehldüngung ab, so ist die Phosphatdüngereherstellung im allgemeinen auf überseeische Phosphatbergwerke angewiesen.

Wie steht es nun mit dem Wiederaufbau der produktiven Kräfte unseres Bodens mit Hilfe der Stickstoff- und Phosphatdünger? Nach den Schätzungen der Sachverständigen ist der Stickstoffgehalt des Stalldüngers von 450 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 190 000 Tonnen im Jahre 1919, also um 57 Proz. gesunken.

510 000 Tonnen im Jahre 1913 soll dieser auf 200 000 Tonnen im Jahre 1919 gesunken sein. Gewaltige Mengen Kunstdünger müßten also für das Erntejahr 1921 herbeigeschafft werden, um den einfallenden nicht zu überhebenden katastrophalen Niedergang des Pflanzennährstoffgehalts des Stalldüngers auszugleichen. Wir brauchen hierzu nach den Schätzungen der Sachverständigen 445 000 Tonnen reinen Stickstoff und 700 000 Tonnen reine Phosphorsäure. Im letzten Erntejahr konnten von diesen notwendigen Mengen der Landwirtschaft jedoch nur 35 bzw. 20 Proz. zur Verfügung gestellt werden. Der Rückgang der Fektoerträge um circa 10 Proz. gegenüber 1913 war die Folge, obgleich die Witterung des letzten Erntejahres eine günstige war.

Im nächsten Erntejahr ist die Möglichkeit gegeben sein, unteren Aedern soviel Nährstoffe in Form künstlicher Dünger zuzuführen, daß an einen Wiederaufbau der produktiven Kraft des deutschen Bodens gedacht werden kann. Bei der Gas- und Hochofenherstellung und in den Luftstickstoffabriken könnten 500 000 Tonnen reiner Stickstoff erzeugt werden. Auch die Möglichkeit, die Einfuhr von überreichen Kohlenphosphaten und Schwefelfieseln so zu steigern, daß 700 000 Tonnen reine Phosphorsäure den Aedern zugeführt werden können, ist in diesem Jahre gegeben. Nichtsdestoweniger ist die Aussicht gering, daß unser Boden im nächsten Jahre eine ausreichende Düngung erhält. Die Landwirte kaufen den Kunstdünger nicht in ausreichenden Mengen, weil er ihnen zu teuer ist.

Kein Zweifel, eine der wichtigsten Ursachen unseres Elends ist die Verarmung des Bodens. Der Wiederaufbau seiner produktiven Kraft steht endlich in erreichbarer Nähe. Angesichts der Preissteigerung der Düngemittelproduktion ist die Hebernahme der Düngerindustrie auf das Reich eine wichtige Voraussetzung des landwirtschaftlichen Wiederaufbaues, der uns neue Quellen des Lebens erschließen soll. Einzuweisen wird es aber rosam sein, Heber 1 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Kunstdünger zu veranschlagen, als 10—15 Milliarden zur Preisermäßigung der ausländischen Getreidemengen, die wir bei ausreichender Düngung auf eigenen Aedern erzeugen könnten. Die Sparlosigkeit der bürgerlichen Parteien in der Düngerfrage ist diktiert von der Furcht, daß die Hebernahme der Düngerindustrie auf das Reich unermesslich wird, wenn das Reich sich einmal entschließt, Rückkäufe zur Verbilligung der Stickstoff- und Phosphatdünger zu leisten. Das deutsche Proletariat aber sollte nicht vergessen, daß diese Frage, die von seinen täglichen Leiden feldwärts so weit entfernt liegt, zu den allerwichtigsten Problemen des Wiederaufbaues gehört.

Reichsregierung und Beamtenresistenz.

Berlin, 7. Dezember. (M.B.) Gegenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung, zu betonen, daß sie in der Frage des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden der von der preussischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Erklärung steht. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Die am 10. November 1918 gebildete preussische Regierung hat in ihrem Auftrage an das preussische Volk vom 13. November 1918 die Durchföhrung der ungeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsbediensteten und Beamte als eine ihrer Aufgaben bezeichnet. Nach die gegenwärtige preussische Staatsregierung erkennt das Koalitionsrecht der Beamten an. Mit dem Begriff des Koalitionsrechtes ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzusetzen, nicht das einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel angewendet werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich wechselseitig ergebenden Rechte und Pflichten entscheidend. Ist damit die ge-

meinsame Arbeitsmederlegung nicht vereinbar, so ist dem Koalitionsrecht das sogenannte Streikrecht nicht verliehen. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen diese Grundgedanken dazu, daß der Beamte nicht streiken darf. Das Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Da der Staat ohne die Beamten ein geordnetes Leben nicht führen und überhaupt seinen Willen nicht äußern kann, muß er mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, daß diese zur vödligen Hingabe an den Staat verpflichtet. Dieses Treuverhältnis tritt auch dadurch in Erscheinung, daß der Beamte einen Dienstreid leistet. Die Eigenart des Beamtenverhältnisses kommt in wesentlichen Bestimmungen des Beamtenrechts zum Ausdruck. Mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit gegenüber obliegende Pflicht ist dem Beamten das Recht verweigert, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgemäß ist auch die Wehrpflicht der Beamten auf Lebenszeit angelegt und kann nur im Wege des gesetzlich geregelten Disziplinarverfahrens entlassen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes Gehalt, auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gesetzlich geregelt und durch die Reichsverfassung besonders geschützt. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis von Rechten und Pflichten bricht nicht ein Beamter, der freik, seinen Eid und verlegt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streikrecht stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Amt dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Dienstverhältnisses verlustig geht, auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Dadurch werden keine berechtigten Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Da über die Verwaltungen des Staats die Volkswirtschaften, über die der Gemeindeförderung deren Vertretungen ein durchgreifendes Kontrollrecht ausüben, so hat der Beamte ein besonders wirksames Mittel, um mit Hilfe dieser Vertretungen seine Klagen abstellen zu lassen. Die Auffassung der preussischen Staatsregierung in dieser Frage deckt sich mit der der Reichsregierung. Die Staatsregierung betrachtet es als ihre selbstverständliche Aufgabe, pflichttreue Beamte vor dem Terror Streikender zu schützen, und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen.“

Die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz. In allen diesen Fällen verlegt der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht, insofern er hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und den Verlust seines Dienstverhältnisses zu gewärtigen.

Von zuständiger Stelle wird der Dema geschrieben: In letzter Zeit ist wiederholt verlost worden, in die Beamtenenschaft Unruhe zu tragen. So wird jetzt die durchaus unwahre Nachricht verbreitet, die Befolgsordnung sei gefährdet, weil die Deckungsmöglichkeiten fehlen u. a. mehr. Wir müssen demgegenüber feststellen, daß für die Beamtenenschaft keinerlei Anlaß zur Unruhe vorliegt. Der Befolgsausführung der Preussischen Landesversammlung hat bereits die zweite Lesung des Beamten-Dienst-Einführungsgesetzes beendet und ist jetzt mit der zweiten Lesung der Befolgsordnung beschäftigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorlage vor Weihnachten verabschiedet wird.

Eine große Versammlung der Postbeamten in Karlsruhe beschloß nach Verzicht der AL einstimmig, solange genau nach den Dienstvorschriften weiterzuarbeiten, bis die Regierung den Postbeamten das nächste Dienstjahresgehalt schon jetzt ausbezahlt. Bevor dies nicht geschehen ist, werden die Postbeamten den Dienst nicht wie vorher verlassen. Durch die Stellungnahme der Postbeamtenchaft erleidet der Postverkehr auch weiterhin sehr erhebliche Verzögerungen, was sich besonders einschneidend im Postverkehr bemerkbar macht. In Heidelberg und Pforzheim ist die Bewegung in ruhigere Bahnen geleitet.

In der gleichen Stelle sang, vom Hymnus der Renner und Freunde umhüllt, Selge Lindberg, der finnische Partion. Wäre der Ied vorherlaufende Ruf nicht zu laut gewesen, man hätte Lindberg wirklich feiern. So aber fangt man zunächst. Das Programm prachvoll, nichts als Bach und Handel, also alles andere als Besorgnis der Eilen. Rängersdorf, der an der Spitze eines Kammerorchesters der Bildharmontischen, trat und ordnet bei der Sache. Lindberg hat für beide Meister starkes Sollempfinden; breit nicht der Ton von seinen Lippen, ein wirklich schöner Partion gibt mit bedrücktem Atem und sein nährendem Reizos Wärme her. Die reicht für die weltliche, nicht für die göttliche, die Kreuzabstanz, die einst Reichert betete. Hier ist die seelische Resonanz nicht groß genug, hier bleiben die Übergänge eingestaut, hier liegt im tiefen Andenken einer heiligen Sehnsucht nach Ruhe und Grabesstille in höherer Gammation mit. Doch bleibt der nordische Geist mit seinem Fühlen und nah; und er wird in seiner posesiven Art im Oratorium seinen Bel-canto-Meister haben.

Edward Erhard, tiefer Bass, bodenständig, fast möchte man sagen: trinkfest, fuchs die Ballade, das kämpferisch-polternde, das amüsiert-hopende Lied. Da ist er Ausdrucksstärker von Eigenart. „Königlich Gebet“ und „Der Sängler“ von Wolf liegen seiner breit ausladenden Tiefe. Für den „Rattenfänger“ aber bringt er den genialen Funken nicht mit, und seinem bedrückenden Lied besetzt zu viel des pädagogischen Willens an; auch der begleitende Artad Sándor kommt mit seinem edigen, lauten Spiel die Anaben und Mädchen nicht hinter sich her. Wir sind durch Lindenmann, Raudeisen, Wolff, Behm ja an Begleitern recht bewöhnt. Das sind Musiker, die mitschaffen und einen einfachen Wiederabend oft zur feinsten Ensemblekunst umschaffen. Auch Richardson gehört zu diesen beruhen Helfern. Bei seiner Gattin Paula Nachowitsch hängt er und nützt er mit besonderer Anteilnahme. Diese Sängertin verdient es auch; nicht nur, daß sie einen weichen und weichen Sopran hat, läßt ihr mit Genuß zuhören, sondern mehr noch die Kultur ihres Singsens, das sorgsam Gefüllte ihres Sprechens, der feine Aufbau der Vortragsgruppen in Redern von Wolf und Brahms.

Agnes Schulz hat gehalten, was sie im vorigen Jahre versprochen. Und mehr als das, sie ist fester, freier und in aller Verschwiegenheit des Auftretens auch innerlich noch beweglicher geworden. Wie innig und sinnig Ringen aus dem Munde dieser deutschen Blondine die Wieder aus der Reimann-Sammlung, und wie lieblich drängt garie, frauenhafte Empfindung aus Brahms' Liedern! Ein prachtvoll entwickeltes Singetalent. Wie wär's mit Mozart-arien, wie mit der Natche?

Zum Schluß sei von den vielen Keinen Orchestern, die sich neu bilden, das „Berliner Kerzorchester“ genannt, das Prof. Kollak gründete und das jetzt der routinierte Karl Zimmerer leitet. Noch keine Meister, aber auch keine Schüler mehr. Begeisterte, denen die Romantik einer Ross-Sinfonie gut zu Gesicht und Fiedel heißt. Perlen, die in beargenem Rahmen sehr wohl den Geist ihrer Vorklären erklingen machen können, beste Alletanti ohne bösen Beigeschmack, trefflichste Kunstgefallen im Reiche der Meister.

Dr. Kurt Singer.

Kleines Schauspielhaus: Chelet. Lustspiel von Hermann Bach. Die Eskimos haben die tollste Angewohnheit, ihre

Stimme aus dem Hintergrunde.

Der Staatssekretär im Preussischen Ministerium des Innern, Dr. Freund, hat, wie die P. P. R. erfahren, von dem ehemaligen Regierungspräsidenten Herrn v. Jagow, der während der Kapp-Tagen als „Minister des Innern“ amtierte, einen vom 8. Dezember datierten Brief erhalten. Der Brief, der von Berlin aus dem Staatssekretär zugestellt worden ist — der Aufenthaltsort des künftigen Herrn v. Jagow ist unbekannt (wenigstens dem Staatsanwalt), hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Staatssekretär!
In der „Deutschen Tageszeitung“ beruft sich Hr. v. Braun auf mein Zeugnis gegen Sie. Ich halte es für meine Pflicht der Loyalität zu bezeugen: Nach Ihrer Zwangsentlassung am 13. März ist weder unmittelbar noch mittelbar ein Antrag oder eine Anregung auf Ihre Weiterverwendung im Staatsdienste an mich gelangt. Hochachtungsvoll ergeht
Jagow.“

Der große Vorstoß des Freiherrn v. Braun ist damit künftlich zusammengebrochen. Herr v. Braun handhabt die Wahrheit nicht anders als seine reaktionären Freunde jenseits. Trotzdem sind wir ihm dank schuldig: ihm verdanken wir das Bitterschaukel, das ausgerechnet die deutsche nationale Presse tagelang einen Beamten als — Kappisten denunzierte, dieselbe Presse, die sonst, wenn ein wirklicher Kappist feigenagt wird, sofort das Lied vom „größten Lump im Deutschen Land“ stimmt. Daß man Unbeteiligte eines Verbrechens denunziert, an dem man selbst beteiligt ist, dürfte eine kaum zu überbietende Höchstleistung sein.

Ueberwachte Verfassungstreue.

Braunschweig, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Braunschweig wurde vor einigen Tagen eine Ortsgruppe des Republikanischen Führerbundes gegründet. Anlässlich dieser Lausade gab das Garnisonkommando Braunschweig an alle Kompagnien die die Gründung betreffende Notiz des „Vollstreuer“ weiter mit dem Befehl zur dauernden Ueberwachung, ob Reichwehrranghörige Mitglieder des Republikanischen Führerbundes wären. Gezeichnet ist der Erlaß v. Brandenstein. Beschwerde ist eingereicht.

Die Schieberei von Ewinemünde.

Von zuständiger Stelle erfahren wir über das Ergebnis der bisherigen Untersuchung über die Schieberei in Ewinemünde: In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember befanden sich mehrere Soldaten der Küstenwehrabteilung auf dem Helmsiege, als in ihrer Nähe 5 bis 6 Schüsse fielen, die, wie nachträglich festgestellt war, von einem Wachtmann ohne besonderen Anlaß abgefeuert worden sind. Die Soldaten nahmen an, einer ihrer Kameraden, den sie vermissten, sei überfallen, eilten ihm zu Hilfe und gerieten, durch die Dunkelheit irreföhrt, an einen in Zivil gekleideten Sersoffizier, der unglücklicherweise durch einen Schieß schwer verletzt wurde und in der Notwehr einen der Soldaten mit seiner Schußwaffe lebensgefährlich verwundete. In der letzten Zeit haben mehrere Ueberfälle halbwüchsiger Burschen auf einzelne Militärpersonen stattgefunden. Nur damit ist das bedauerliche Mißverständnis zu erklären.

Es steht also fest, daß die ganze Schieberei lebhüch und allein von Militärpersonen verursacht wurde.

Ein Freispruch. Die Vollsgerichtsverhandlung gegen den Instabildenden Lehrer Kupfer wegen Aufreizung zum Massenstreik und Hochverrat endete laut „Mündener Nachrichten“ mit der Freisprechung des Angeklagten, weil das Gericht annahm, daß der Angeklagte die verschiedenen Massen der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt hat, aber die Oeffentlichkeit der fraglichen Versammlung nicht festhielt. Der Angeklagte sollte bekanntlich erklärt haben, daß bei der nächsten Revolution auch Arbeiterblut fließen müsse und daß Leute wie Rasse und Scheidemann nicht am Leben bleiben könnten. In der Urteilsbegründung wurde der Angeklagte als politischer Birklopf bezeichnet, der politisch nicht ausgereift sei.

Meister und Gesellen.

Konzert-Umschau.

In der akademischen Hochschule für Musik hat sich der große, zur Rettung des Instituts und seines Rufes notwendige Wandel an Haupt und Gliedern vollzogen. Diese organisatorische Leistung erfordert Respekt; die Taten, die aus so starkem Willen lebendig werden, können nicht ausbleiben, wenn auch über den Weg der rühmter und individueller Persönlichkeiten in Fortschritt einer Schule noch nichts, gar nichts sprachlich sein kann. Siegfried Ochs, an Geist, jederüber Energie, Beherrschung und Musikwissen der Väter einer, hob mit selbstbewusster Faust gleich im ersten seiner Konzerte ein Werk empor, das an ihn und seine Schüler die allerhöchsten Anforderungen stellt, Beethovens Missa solemnia.

Was für den alten philharmonischen und den ergänzten Hochkulturar eine festverankerte Lebensleistung ist, triebhaft schön, klanglich ein Wunder von Ausgeglichenheit und Hingebung, rhythmisch ein außerordentliches Zusammengehen von weichem Gebet und murrendem Trost, was chorisch schon ganz als Beethovenreife zuzufügen, das konnte einem Orchester von Schülern bei aller Disziplin natürlich noch nicht von gestern auf heute ins Blut gehen. Strich und Ton, Legato und Partitellato lassen sich erlernen, letzter Zusammenklang, Einheit in Lösung und Zugriff, Schattierungen, Glanzpunkte, Schwelgsamkeiten, Unterordnung — das sind Erfolge der Gewöhnung, der allmählichen Näherung, des Hingewachsens aus der Jugend, die nur träumt oder tollt. Wo die innere Reife fehlt, kann ein Verwöhntes Solo auf der Geige nicht zum Himmel steigen; wo noch Kampf mit der Technik ist, wird Wasserfiguren in jedem Satz der Lebensodem genommen. Was läßt sich nicht alles mit einem Reutenschlag lösen, was nicht alles verderben! Sehr tapfer die Orchester, sehr unischer Marquette, Jagott, Bläse, fast, oft gar zu durchdringend die Trompeten. Und manches andere, was eine starke, ungehemmte Dingebe freckenweis hemmt.

Die Orchestersöhler werden generell zu den Klavierproben herangezogen sein, obligatorisch, werden, unabhängig von ihrem Instrument, erst einmal das fabelhafte Instrument eines Ochs'schen Chores kennen und genießen lernen müssen. Dann wird Sicherheit sein auf allen Seiten, dann wieder Massenlebens in jedem einzelnen, der da mitwirkt, in jedem, der hört. Ein Jahr Geduld; es wird. Die Gesamtleistung des Chors war großartig, die des Orchesters sehr respektabel. Von den Solisten fiel der fähigste, ängstliche Tenor Puttmanns aus dem Rahmen, während die Damen Leonard (immer ein bißchen zu hoch!), zur Rieden und der überragende Gutmann an ihre Partien allen Schwierigkeiten zum Trotz glänzend durchführten. Ein zehnjähriges Mädchen dem jugendlichen Meister Ochs, der in kurzer Zeit schon eine solche Leistung Angeklachter zuwege bringt. Er sprang als Erster von den Orchesterherren in die Presse. Kapselsetzung mit not.

Frauen erst dann schön zu finden wenn sie auch von anderen Männern begehrt werden. Daher kommt es bei den Bewohnern der Nordpolgegend oft vor, daß sie ihre Gattinnen den Fremden ausdrängen und erst wenn der Fremde die Frau genommen hat, wech der beglückte Gatte, daß er ein Kleinod besaß. Hermann Bahre ist der Ansicht, daß diese Eskimogewohnheit zur Fremde mancher Mitteleuropäer geworden ist. Um dieses Paradox scherz er sein jüngstes Lustspiel, eine mehr geschwähige Angelegenheit als eine bederrame Klauderei.

Der seltsame Gatte drängt seine Frau einem Meister von der modernen Verbilligungskunst der Operette auf. Dieser geniale und von den Frauen natürlich tausendfach verhöhlteste Mann hat zufällig einen gesunden Menschenverstand und noch ein wenig vom allgütigen Gefühl behalten. Er redet dem alzu gefälligen Ehegatten und Fremde zu, daß er doch eine etwas energiegeladere Ehe betreibe und sich nicht so der Ehelei widmen möge, damit seine Frau nicht am allerhand Dummheiten und Abenteuerlichkeiten gerät. Der gefällige Freund ist aber ein Bedant des Angewöhlichen, er will nicht glauben daß sein genialer Freund ein so normales Erdentind sei und ihm plagt Trübsal, daß der Rufstus nicht zur Vollendung eines modernen Dreiecks in seine Ehelei hineinträten will. Aus diesem Gedankenstillehlein entwickeln sich allerdhand lustige Gespräche einige Wöheiten und mancher Wit. Alles aber ist ein Echo des alten Hermann Bahre, der seine katholischen Romanneigungen urterdrückt, um wieder ein Klauderstück mit fanstien Ungezogenheiten zu schreiben.

Am Kleinen Schauspielhaus wird diese geringfügige Verzerrung der Liebesbegriffe hübsch vor das Parquet hingeleitet. Herr Schwannke ist der verpöbte Komponist, Fräulein Lerwin spielt die Dame, der das Abenteuerliche gelingt. Der kurzfristige und übersehene Gatte mit den Eskimogewohnheiten ist Herr Haase. Die drei Künstler besteben einen Ton, der dem Stücke etwas von seiner geschmeidigen Klauderei nimmt, sie gehen alzu bester auf Tempo, während dem Lustspiel eine geringe Dämpfung besser getan hätte.

Dr. Max Hochdorf.

Zur Beethoven-Feier veranstaltet die preussische Staatsbibliothek in ihrem Ausstellungsloale eine Ausstellung aus ihrem Beethoven-Besitz, der an Handchriften und Musikgedrucken des Meisters reich ist. Die Ausstellung wird am 10. Dezember, 12 1/2 Uhr, eröffnen.

Wach-Gödel-Mozart-Abend. Rolf Steiner und Paula Melndau veranstalten am Freitag, den 12. d. M., im Beethoven-Saal einen Wach-Gödel-Mozart-Abend mit seinem Orchester unter Leitung von Alexander Weinbaum, in welchem selten und bisher nie gedödete Arten und Takte der drei Meister zum Vortrog gelangen.

Galenkreis gegen Weledind. Auch Oberfeld hat dieser Tage seinen Theaterabend an erlebt und unter Oberfelder Vorleitung spielt, daß allerlei Reutchen vom deutsch-vödlischen Jugendbühnen, zum Teil mit Galenkreisen befücht und unter der Führung von Oberlehrern, die Sache machen. Sie randalierten im Thallattheater gegen Weledind, „Bühne der Panhara“. Die Schauspielerei hielten aber tapfer aus und spielten das Drama zu Ende.

Der Beethovenwettbewerb für das Gedönde des Deutschen Organen-Museums endete mit Erteilung des ersten Preises von 25 000 M. an den Architekten Prof. Hubert Wöndt, des zweiten Preises von 25 000 M. an die Architekten Karl Dörling-Berlin und Rolf Scherer-Berlin, des dritten Preises von 15 000 M. an den Architekten Peter Jürgen-Charlottenburg, des vierten von 10 000 M. an den Stadlarchitekten Max Bogner-Berlin. Die weiteren drei Preise zu je 5 000 M. entfielen auf die Entwürfe der Architekten Hansel-Red, Kampe-Rön und Dietz-Wöhlhoffenburg.

Groß-Berlin

Mordprozeß Wendelstädt.

In der Angeklagten des Vatersmordes.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann gestern die Verhandlung gegen den 24-jährigen Kaufmann Hans Wendelstädt, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 14. Mai 1919 seinen Vater, den Kaufmann Hans Wendelstädt, ermordet zu haben.

Der Vater des Angeklagten ist, wie bekannt, am Morgen des 14. Mai in seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Die innere Brusttasche seiner Jacke war herausgerissen, aus ihr war eine Brieftasche entnommen.

ein Geheimfach geöffnet

war, in dem sich ein Briefumschlag mit der Aufschrift „Im Falle meines Todes ist dieser Brief Frau Alice Lindemann zu übergeben“ befand. Dieser Brief soll Angaben über ein Auslandsdepot enthalten haben und verschlüsselt sein.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten eine ganze Reihe von Momenten vor, die den gegen ihn erhobenen Verdacht begründen sollen. So soll er für die Zeit der Tat schon vorher gesucht haben, sich einen Alibibeweis zu sichern, indem er seine Wirtin darauf aufmerksam zu machen versuchte, wann er am 13. Mai abends nach Hause gekommen sei.

Wort: Beschuldigen Sie sich denn gewissermaßen, die Leiche Ihres Vaters anzusehen? — Angeklagter schweigt.

Wort: Sie waren doch Soldat und haben doch im Felde viel gesehen? — Angeklagter, noch längerem Schweigen: Ich konnte die Leiche nicht sehen. — Wort: Sie sollen Ihren Vater überhaupt nicht mehr haben sehen wollen. — Angekl.: Wenn man sich vorstellt, daß es der eigene Vater ist, der ermordet worden ist, so wird es vielleicht verständlich sein, weshalb ich die Leiche nicht mehr sehen wollte.

dramatischen Moment.

Der Angeklagte kämpft sichtlich einen schweren innerlichen Kampf, dreht dann mit schnellm Entschluß die Photographie um und betrachtet sie stumm längere Zeit, um sich dann die Hand vor den Augen haltend, hinzusehen. — Auf die wiederholten Fragen, welche Gedanken sich der Angeklagte über den Mord und den Täter mache, erklärt dieser: Wie soll ich wissen, wer die Tat verübt hat? Der Vater hätte doch auch Damenverlehr und kann doch auch sonst noch Verlebe gehabt haben, von dem ich nichts weiß.

Befragung für den Angeklagten

ist die Aufgabe der Witwe Weich, bei der der Angeklagte in der Strafstraße gewohnt hat. Sie behauptet, entgegen den Versicherungen des Angeklagten, daß in dessen Besitz auch noch ein Zoppanzug gewesen sei, der nach dem Mord verschwunden sei, ebenso ein Dolch, der gleichfalls nach der Tat verschwunden sei.

Das Licht der Heimat.

Von August Hjarichs.

Eines Abends, als er schon fortgehen wollte, ließ sie ihn in ihren Arbeitsraum bitten, um ihm ein neues Ergebnis zu zeigen. Eingehend legte sie ihm ihre bisherigen Untersuchungen dar und erklärte ihm an einer Reihe von Proben das von ihr vorgeschlagene Verfahren. Aufmerksam folgte er ihren Erklärungen und bewunderte, wie sachlich und klar sie zu sprechen verstand.

Sorgfältig stellte sie ein Mikroskop für ihn ein. Als er sich darüber bückte, während sie neben ihm stand und noch eine Stellschraube bewegte, streifte seine Wange ihr Haar. Raum fühlbar war es, nur wie das leise Anwehen eines Haumes, und doch empfand er plötzlich mit allen Sinnen ihre körperliche Nähe und Wärme.

„Habe ich recht?“ fragte sie. „Sie haben mich vollkommen überzeugt.“ sagte er, ohne zu wissen, was er gesprochen hatte.

Sie legte eine andere Platte unter die Linse und er beobachtete sie, während sie sich über das Mikroskop beugte. Ein paar lose Haare kräuselten sich im Nacken über dem feinen Netzwerk ihrer Haut. Die Linie um Wange und Kinn war noch weich und rund, fast wie bei einem Kinde — eine ganz leise Bewegung glaubte er darin zu spüren, als spiele ein kaum merkliches Lächeln um ihren Mund.

Aber er mußte sich gefaßt haben, denn als sie aufstob, war ihr Gesicht unverändert ernst wie immer. „Bitte.“ sagte sie nur. Wieder beugte er sich über das Glas. Aber was ihn bisher sachlich gefesselt hatte, war ausgelöscht. Er konnte nicht mehr ruhig denken und das Bild unter der Linse zerfließen — etwas anderes, was ihm den Atem benahm und die Sinne lenkte, beherrschte ihn.

Er mußte wohl eine ungeschickte Bewegung gemacht

haben, denn plötzlich spürte er einen warmen Hauch und hörte ihre Stimme: „Das Bild ist verschoben — darf ich es neu einstellen?“

Sie beugte sich neben ihm über das Mikroskop, einen Augenblick berührten sich ihre Köpfe — der volle Duft ihres Haars umfing ihn, ein linder Strom rieselte durch seinen Körper — da trat er rasch zurück. „Ja — das Bild hat sich verschoben.“ sagte er und empfand selbst den Doppelsinn dieses Wortes. Der Chemiker, dessen Vortrag ihn gefesselt hatte, war fort; an seiner Stelle stand Juge Corneli, das Weib. Und wie sie damals bei seinem ersten Besuch ihm die Tür öffnete aus dem nächtlichen Arbeitsraum mit seinen Gefäßen und Geräten in ihr heimliches, von rotem Lampenlicht traulich durchflutetes Mädchenzimmer, so stand sie auch heute wieder auf der Schwelle und lockte ihn in ein anderes Reich.

Aber, war sie es denn, die heute diese Tür öffnete, — hatte sie ein einziges Wort gesagt, das sich nicht nur auf ihre Arbeit bezog? Er war ein Narr!

„Wenn Sie es jetzt einmal versuchen wollten?“ sagte sie, ohne sich vom Mikroskop zu entfernen. Er hätte sich schon nicht neben sie stellen müssen, wenn er hineinsehen wollte.

„Ja, glaube, wir lassen es für diesmal genug sein. Fräulein Corneli — ich sehe heute abend anscheinend nicht mehr scharf.“

„Wie Sie wünschen.“ sagte sie und sah auf. Wieder fremdeten sich ihre Mäde. Flimmerte in ihren Augen nicht ein Bild, felsam tief und fremd wie damals, — schneidend und zwingend zugleich?

Es ist spät geworden, vielleicht fahren wir ein anderes mal fort.“ Er griff nach seinem Hut.

Sie streifte ihren weißen Arbeitskittel ab und schlüpfte in einen leichten Mantel. Er wollte nicht unhöflich erscheinen und ihr helfen, aber sie war schon fertig, ehe er noch dazu kam. Aufmerksam traten sie noch draußen.

Alle Arbeiter und Angestellten waren fort, der Wächter drehte das Licht auf dem Hof aus, als sie aus dem Tor traten. Still und dunkel lag das Werk hinter ihnen, und vor ihnen lagerte sich der graue Nebel auf dem Moor.

Er wollte den Richtweg nach Haus einschlagen, als er sah, daß sie unerschlossen stehen blieb.

„D weh!“ sagte sie. „Was ist?“

„Ich wußte nicht, daß es heute so früh dunkel würde, — aber hier sind die Schienen ja schon.“

Da trat er an ihre Seite. „Ich werde Sie begleiten, der Nebel wird anscheinend noch dichter werden.“

„Es ist nicht nötig, Herr Folkers, ich kenne meinen Weg sehr gut.“

„Das Moor hat keine Tüden, wenn man sich verläuft. Und für mich ist es kaum ein Umweg.“

Schweigend gingen sie nebeneinander her, lange Zeit. Zu ihren Füßen war der Nebel so dicht, daß sie die Feldbahnschienen, an denen sie entlang gehen mußten, kaum sehen konnten. Ueber ihnen stand der dunkle Himmel voll von Sternen.

Da war es ihm, als ob die Nacht sich wie ein Ring um sie beide legte — als ob irgendeine Macht sie gewaltig zusammenbränge. Unwillkürlich kam er ihr näher, daß er beim Gehen seinen Mantel berührte. Er sah sie von der Seite an — ihr Gesicht erschien ihm in der Dunsfahle ungewöhnlich bleich, fast weiß, ihr Mund war leicht geöffnet. Er glaubte den Ausdruck ihrer Augen zu kennen — gespannt, wartend, wie ihr ganzes Gesicht. Wartend auf ihn! Sie sprachen beide nicht. Es wäre lächerlich gewesen, jetzt ein gleichgültiges Wort zu sagen, wie es lächerlich sein würde, in dieser Stunde etwa über ihre Arbeit zu sprechen. Sie schwiegen, obgleich dies Schweigen ihre Gedanken verraten mußte, weiß es unnatürlich war. — Unerträglich wuchs die heimliche Spannung zwischen ihnen an.

Da stolperte ihr Fuß über eine vorstehende Schwelle. „Nehmen Sie meinen Arm.“ sagte Dick rasch und sochte sie hart am Handgelenk. Sie tat es, wie willenlos. Langsam wandte sie ihm ihr Gesicht zu, ein bleiches Gesicht mit dunkelbrennenden Augen und dem schmalen Strich des zitternden Mundes. Er atmete schwer und ballte die Fäuste. Er wußte, daß er jetzt ihren Arm an sich presste. Sie hob das Gesicht halb empor, daß er das fremde, flimmernde Licht in ihren Augen sah.

(Fortf. folgt.)

Der Kriegsschädigte — wartet!

Ein Kriegsschädigter, der wegen Lungentuberkulose als zu 80 Proz. erwerbsunfähig gilt, schildert uns seine Verhältnisse, die ihm notwendige Hilfe zu erlangen. Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett Spandau zog er Mitte Juni 1919 nach Schönlanke. Am 9. Juli 1919 beantragte er beim Versorgungsamt Schneidemühl eine Heilfürsorge und am 18. August 1919 begab er sich wegen Ausschleusen eines Schreibens mit einer Geldbeihilfe hilfsbereiter Privatpersonen nach Wehrsdorf in eine Lunzenheilstätte. Dort kam Anfang Januar 1920 endlich ein Verdict, nämlich — eine Antrags, ob der Kriegsschädigte jenen Antrag vom August 1919 aufrechterhalte. Trotz sofortiger Geladung wurde er erst acht Wochen später, am 28. Februar 1920, mündlich untersucht und nach weiteren acht Wochen kam dann Ende April die Bewilligung einer Kur von vier Monaten. Gemeint war aber nicht etwa eine Verlängerung der von ihm selber begonnenen Kur, sondern man bewilligte ihm nur eine Kurdauer vom 18. August bis 17. Dezember 1919. Für diese Zeit sollten ihm pro Tag 10 M. gezahlt werden. Doch inzwischen alles schon wieder viel teurer geworden war, schien man nicht zu basten. Als der Kriegsschädigte am 3. Mai 1920 das Versorgungsamt bat, ihm den damals in Wehrsdorf von der Kreisbehörde gestatteten Betrag von schon 14 M. pro Tag zu bewilligen, erhielt er überhaupt keine Antwort mehr. Noch heute wartet der Mann auf sein Geld. Derselben Mißerfolg hatten seine Verwandten Erhöhung der Rente von 80 Proz. auf 100 Proz. zu erreichen. Der am 28. Februar 1920 an das Versorgungsamt gerichtete diesbezügliche Antrag blieb unbeantwortet. Ebenso ertrag es ihm mit einer am 3. Mai 1920 an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Bitte um eine neue Heilfürsorge. Der Mann liegt jetzt wieder im Krankenhaus zu Schneidemühl. Bis wann wird man ihn warten lassen?

Gegen das Urteil im Kavalkadeprozeß ist von der Staatsanwaltschaft, soweit Freisprechung erfolgt ist oder Anträge auf Verfallklärung abgelehnt worden sind, Revision angemeldet worden.

Die „Weihnachtsschäfte“ der Taschendiebe florieren auch in diesem Jahre. Den Andrang vor den Schaufenstern, besonders aber auch in den Weihnachtsausstellungen der Warenhäuser bedecken die Spitzhaken, um die Taschen und Handtaschen anderer Personen unvorsichtig zu leeren. Auch die überrückten Fahrgäste bieten ihnen ein leichtes Arbeitsfeld. Die Fingerfertigkeit, die sie dabei an den Tag legen, ist immer erstaunlicher. So öffneten sie einer Dame in einem Fahrstuhl eines Warenhauses die Handtasche, obwohl sich die Behälter an der Tasche einen besonderen Verschluss hatte anbringen lassen und haben eine goldene Brosche mit einem großen Brillanten in der Mitte und kleineren an den beiden Enden und ein braunlebernes Geldtäschchen mit 200 M. Vorrat.

Die erste Zweigstelle der A. B. G. (Kleiderwertungs-Gesellschaft) in der Warschauer Str. 33, Ecke Remeler Str., wurde Sonntagabend eröffnet. Geboren aus der Not des Krieges als Sammelstelle aller, verbrauchter und verschliffener Kleidungsstücke, ist die A. B. G. allmählich ein Kaufhaus für Arme und Bedürftige geworden. Während ihr Warenumsatz im Jahre 1917 sich auf nicht 4 Millionen Mark belief, wird er im Jahre 1920 voraussichtlich etwa 45 Millionen Mark betragen. Der neuen Zweigstelle werden in Kürze zwei weitere Verkaufsstellen — die nächste im Norden des Stadtgebietes — folgen. Bei der Eröffnung waren Vertreter des Magistrats und der Stadterwerbsvereinsammlung nebst den Mitgliedern des hiesigen Ausschusses der A. B. G. und Vertreter der Presse anwesend. Die Leitung bleibt wie bisher unter der Aufsicht des Berliner Magistrats in den Händen des Direktors Franz Nowarra, der von dem Hauptgeschäft, Kom-

mandantenstraße 80/82, aus sämtliche Zweigstellen mit Waren versorgt und überwacht.

Bezirksversammlung des 20. Verwaltungsbezirks. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Kommunisten die Dittungsklausel für einen Antrag, welcher weitgehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Notlage der Erwerbslosen forderte die U.S.V. verlangte das Gleiche für einen Antrag, welcher den Rädritt des stellvertretenden Vorsitzenden, des Bürgermeisters Witte von seinem Amte wegen des gegen ihn schwebenden gerichtlichen Verfahrens forderte. Zunächst wurde beschlossen, beim Magistrat zu beantragen, das Bezirksamt mit 7 beidseitigen und 4 unbedienten Stadträden zu belegen. Lebhaft Diskussionen veranlaßte der Punkt 8 der Tagesordnung: Sitz der Bezirksverwaltung. Während die S.P.D. für den geographischen Mittelpunkt des Bezirks Wittenau mit seinem schönen, wenn auch unzureichend nicht ganz zureichenden Rathaus eintrat, wollten U.S.V. und die Kommunisten den Sitz der Bezirksverwaltung nach Reinickendorf verlegt haben. Von den S.P.D. Bevollmächtigten wurde darauf hinzuwirken, daß die Verwaltungsbüro in Reinickendorf eigentlich Wohnhäuser seien, sie in der Zeit der Wohnungnot besser ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen würden. Die Bürgerlichen traten geschlossen für Reinickendorf ein, das dann auch als Sitz der Verwaltung bestimmt wurde. — Damit war die Tagesordnung erledigt und es kam zur Beratung der Privatbeschlüsse. Der Witte erklärte, daß er von seiner Stelle nicht auftrat werden, der Antrag der Kommunisten wurde wegen der vorliegenden Stunde vertagt. Eine Anwesenheit des Exerzenten für die Erwerbslosenführer der Gemeinde Reinickendorf die weihnachtliche Stimmung der Bevölkerung zur Verringerung der Not der Erwerbslosen zu benutzen und durch Sammlungen Geldgegenstände u. dgl. aufzubringen, sich auf besitzigen Widerstand der U.S.V. und der Kommunisten, welche der Meinung waren, daß die Aktion der S.P.D. sich für diese Art, den Leidenden zu helfen erwiderte und für diese der bürgerlichen Ideologie entsprechende Abhilfe entrete. Genosse W. Meier-Tenzel erklärte, daß die Aktion der S.P.D. mit der Sicherheit aus dem reinen Ansehen des Reinickendorfer Genossen Zeising nicht zu tun habe. Schließlich wurde auf Vorschlag des Genossen Hall-Tezel die Anwesenheit der Gemeindevorsteher der Orte des 20. Verwaltungsbezirks überwiesen.

Die Bergesenen. Ein Kriegsveteran von 1870/71 erinnert in einem an uns gerichteten Schreiben daran, daß der Magistrat Berlin alljährlich an die Veteranen von 64 66 70 71 18000 M. verteilt habe. In diesem Jahre sei wohl infolge der Umwälzung in Groß-Berlin die Verteilung obiger Summe unvollständig. Oder stehen hierfür keine Mittel mehr zur Verfügung?

Dänische Briefe. Für Parteigenossen, die Kinder zur Erholung in Dänemark haben oder hatten, ist der Genosse Jens Thors-Hansen, R. Böhmerstr. 49, bereit, in dänischer Sprache einlaute Besuche kostenlos zu überlegen.

Professurliches Theater. Donnerstag, den 9. Dezember, 8 Uhr, in den Rheinischen Ecken, Röllcherstr. 142: Aufführung der renoirten Satire „Der Prinz von Paoren“ von Upton Sinclair. Ferner Sonntagabend, den 11. Dezember, 8 Uhr, in der Vorstadt in der St. Pauli Kirche, Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Bühnenstraße, Ferner im Strahler „Die Reinde“ von Maxim Gorki. Karten zu 8 M. und 1 M. im Kreiselhof, im Vorverkauf zu 2 50 M. Vorverkauf u. a. in der Bornstraße-Buchhandlung.

Bezirksbildungsausschuss Theater. Neben Mittwochs- und Sonntagabends 7 1/2 Uhr, im Zentral-Theater, Alte Jakobstraße 31/32, Mädchenoper „Arlésiana“, Aufnahme a. 2. — und zu haben im Bezirksbildungsausschuss-Groß-Berlin Lindenstraße 3. Die Aufführungen werden an der Kasse gegen Platzkarten unentgeltlich. Für die Aufführung „Arlésiana“ im Kreis-Theater sind noch Karten für Sonntagabend, den 11. Dezember 7 1/2 Uhr, Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr und Montag, den 13. Dezember, 7 1/2 Uhr, zum Preise von 2 M. 30 einmündlich Gerdorfer und Theaterzettel im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, zu haben. Beethoven-Konzert. Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Bühnenstraßen, Bühnenstraße 76, Beethoven-Konzert unter Leitung von Kapellmeister Dr. A. H. Kap. Mitwirkende: Solisten Feia Koonst und das Bühnenorchester. Karten bei allen Musikantengeschäften, bei den Musikantengeschäften, bei Herrn Engelwer 15 und an der Kasse. — Abonnement-Konzerte. Am 23. Dezember (1. Weihnachtstag), Beethovenische Klaviernachmittags 2 1/2 Uhr, in der alten Karolinenstraße, Neue Friedrichstraße. Wir bitten unermüdet die Karten einzulösen. Sozialistische Bildungsausschüsse. Am Monat Januar u. d. werden 2 Vorträge abgehalten. Redebüchlein. — Gedächtnis der Arbeiterbewegung (Vormittags 10 Uhr, Lindenstraße 3, Partei im Landtag, Organisatorische Aufgaben während der Bahnbewegung). Jede Vortragserbe umfäßt 4 Abende. Vortragserbe 2 M. — Wir bitten recht bald schriftliche Bewerbungen zur Teilnahme an beiden Veranstaltungen an den Sekretar des Bildungsausschusses Albert Dohly, Lindenstraße 3, einzulösen. — Stegell. Sonntag, den 12. Dezember, 8 Uhr, Weihnachtsfest in der Laßbühne. Mitwirkende: Frau Walter Fischer (Draht), Dr. Gutmann, der Dr. Gutmann'sche Chor, Frau Gertraud Wolf, Frau Agnes Schulz, Herr Nikolai Laminow, Dr. Paul St. George. Karten sind zu haben bei allen Parteimitgliedern in Stegell, im Bezirksbildungsausschuss Georg-De Lin, Lindenstraße 3, II. Hof 1 V.

Fortsetzung der Hermes-Debatte.

Im Reichstag wurden am Dienstag zunächst

Aufgaben

erledigt. Dem Abg. Sellmann (So.) erwidert Staatssekretär Schulz, daß ein Geleasantwurf über einseitige Lehrerbildung im Reich,

wie sie Art. 143 II der Verfassung vorschreibt, noch nicht erledigt werden konnte, weil noch zwischen dem Reich und den Ländern über die Kostenfrage verhandelt wird. Sobald diese befriedigend gelöst ist, wird der Geleasantwurf vorgelegt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Schimmler (Dnat.) über die Gehaltszahlung an den Schriftführer Kagenstein durch das Reichswirtschaftsministerium, bei dem er gar keine Arbeit geleistet habe, erwidert

Staatssekretär v. Jouglaumes, daß Kagenstein allerdings als Mitarbeiter der Nationalversammlung durch seine parlamentarische Tätigkeit bei seiner Arbeit im Reichswirtschaftsministerium beschäftigt worden sei. Er habe jedoch nach Auflösung der Nationalversammlung lebhaft an der Bildung verschiedener Komitees im Reichswirtschaftsministerium mitgewirkt, bis er im Sommer dieses Jahres in den Reichstag gewählt wurde. Da seine Tätigkeit seitdem nicht voll ausgenutzt werden konnte, wurde ihm Ende September um 31. Dezember 1920 gekündigt. Das Gehalt mußte ihm nach dem Abkommen mit den Angehörigen des Ministeriums bis zu diesem Zeitpunkt weitergezahlt werden.

Die Aufrechterhaltung des militärischen Ortsbezuges der Stadt Hannover durch den Oberbürgermeister Leinert und mit künftigen Geldmitteln — was nach einer Anfrage des Abg. Warg-Hannover (U. So.) den Reichsernährungsminister — erklärt die Regierung für eine preussische Angelegenheit, die Reichsregierung ist aber bereit, die Anfrage zu beantworten, sobald das preussische Ministerium des Innern die Unterlagen dafür gebracht hat.

Zur Aufrechterhaltung des Betriebes des Zentralnachweises für Kriegsverluste und Kriegsergänzung — Anfrage Thiel (D. Sp.) — wird eine Million Mark für den Etat angefordert werden.

Die Erhöhung der Rente der Kriegsdienstentempänger die vor 1914 im Militärdienst beschäftigt wurden — Anfrage Bauer (U. So.) — soll durch ein in Vorbereitung befindliches Gesetz erfolgen.

Das Abgabensteuergesetz geht an den Steuerausgleich. Zum Geleasantwurf über die

Erhöhung der Rinderzulagen an die Beamten

stellt Präsident Löbe fest, daß trotz einer schon stattgefundenen Vorbesprechung die Beratung noch nicht stattfinden kann, da eine Anzahl neuer Anträge erst gedruckt werden muß. Die zweite und dritte Lesung wird aber noch in dieser Woche erfolgen.

Reichsernährungsministerium.

Dazu ist eingegangen ein Antrag Aderhold (U. So., rechts), auf Ansehen eines Untersuchungskomitees zur Prüfung der gegen Minister Hermes erhobenen Vorwürfe. Ferner ein Antrag Müller-Franken (So.), der einen Geleasantwurf zur Übernahm der Fischkulturerzeugung auf das Reich fordert.

Abg. Blum (Z.) bedauert die geringen Vorgänge, die den Eindruck mangelnder Ruhe und Würde hervorgerufen hätten und zur Entlastung der Reichsautorität beizutragen geeignet wären. Redner bittet dann in breitangelegten Ausführungen die Politik des Reichsernährungsministeriums, insbesondere in der Frage der Förderung der Zwangswirtschaft und der Auflösung der Kriegsgewaltigkeiten. Mit dem Vorschlag Braun ist er der Meinung, daß das Umlageverfahren die bessere Erfüllung des Getreides gewährt. Eine Ausfuhr von Getreide darf unter keinen Umständen gebildet werden, solange nicht der deutsche Bedarf befriedigt ist. (Beifall.) Die Sozialisierung der Düngemittelindustrie sei kein geometer Weg zur Vermehrung der Produktion. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Köhler-Goppert (Dnat.) nimmt Stellung gegen die „persönlichen Angriffe“ die Abg. Braun als preussischer Landwirtschaftsminister gegen Minister Hermes vorgebracht habe. Es wäre an der Zeit, solchen unklaren Zuständen ein Ende zu bereiten und eine Regierung zu schaffen, die es versteht, die Autorität wieder zu heben. Das Umlageverfahren wird ohne Zweifel eine bessere Auslieferung herbeiführen. (Beifall.) Der Redner wendet sich gegen die Sozialisierung der Düngemittelindustrie. Eine wirkliche Hebung der Produktion sei nur möglich durch ein enges Zusammenarbeiten zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft. (Beifall rechts und in der Mitte. — Zwischenrufe links.)

Abg. Dusch (D. Sp.) ergeht sich in einer kurzen Kritik der Angriffe Brauns gegen Hermes und spricht letzterem das Verzeihen aus. Der frühere Ernährungsminister Schmidt sei ein Mann im Sinne gewesen. Die Denkschrift Braun, so gut sie auch klingt, hat einen Mangel: sie arbeitet hin auf die Sozialisierung der Fischkulturerzeugung, gegen die wir auf das schärfste Stellung nehmen. (Beifall rechts bei der D. Sp.) Wie man Spezialgesetze machen kann, muß das Reichswirtschaftsministerium geschaffen werden.

Abg. Herz (U. So., rechts):

Namens meiner Fraktion lege ich Verwahrung ein gegen das Auftreten des Reichslanzlers

in der gestrigen Sitzung, der sich einen unstatthafter Eingriff in die Rechte der Abgeordneten geleistet hat. Bisherige Minister haben sich erhebliche Angriffe gegen Reichsminister gestattet, ohne daß der Reichslanzler dagegen eingeschritten wäre. Wenn der Reichslanzler Schritte androht, die sich in dieser Richtung bewegen, so wird das unsere schärfsten Widerstand finden. (Beifall links.) Die Autorität des Reiches wird viel mehr untergraben durch das Verhalten und die Politik des Reichsernährungsministeriums. (Sehr wohl! links.) Der Redner stellt fest, daß die Augustin-Untersuchung im Haushaltsauschuss vollkommen einseitig zugunsten des Reichsernährungsministeriums geführt wurde. Die Rede des Ernährungsministers hat jeden Plan, jedes System und jedes Ziel vermissen, genau so wie die Rede des Reichswirtschaftsministers. Das ist kein Zufall, sondern kennzeichnet die Politik der ganzen Regierung, die sich nur von augenblicklichen

Zweckmäßigkeitsgründen, nicht aber von großen Gesichtspunkten leiten läßt. Die Freigabe der Wirtschaft war von verhängnisvoller Wirkung und hat nur den Landwirten und dem Handel ungeheuren Gewinn eingebracht. Dabei hat z. B. der Minister den Landwirten, die schon abgeliefert hatten, den

Später erhöhten Betrag nochbezahlt,

und das in einem Augenblick, in dem man erklärt, daß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung unmöglich sei. (Hört, hört!) Wir sind nie grundsätzliche Anhänger der Zwangswirtschaft gewesen und sind es auch heute nicht, denn Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus gar nichts zu tun. Aber was sie während des Krieges und heute noch unentbehrlich macht, das ist einseitig der Druck auf die Produzenten und andererseits die Ermöglichung des Kaufes durch die Konsumenten. Die prophezeigte Folge erhöhter Produktion durch die freie Wirtschaft hat sich überall als leeres Gerede erwiesen, das nur dazu gedient hat, die Einführung der freien Wirtschaft schmählicher zu machen. Ich meine, die Regierung hat gar nicht die Absicht gehabt, die Zwangswirtschaft bei den wichtigsten Erzeugnissen aufrecht zu erhalten. Die jetzigen elenden Zustände sind zurückzuführen auf den

systemlosen Abbau

der Zwangswirtschaft. Vor Freigabe der Fleischwirtschaft hätte die Brotgetreide- und Kartoffelversorgung sichergestellt werden müssen. Statt der 2 Millionen Tonnen Brotgetreide waren nur 1,5 Millionen Tonnen vorhanden. Trotzdem stimmte der Minister der Freigabe des Fleisches zu. Als einziges Mittel empfiehlt der Reichsminister die Abkürzung. Der Redner widerlegt zahlenmäßig die Behauptungen der Redner, wonach die Landwirte ihre Pflicht getan und ihnen nicht genügend Druckstoffe zur Verfügung gestellt worden sei. Die Statistik beweist, daß in einzelnen Regierungsbezirken in denen genügend Druckstoffe vorhanden war, die Landwirte auch nicht einen Zentner Brotgetreide abgeliefert. (Hört, hört!) In Ostpreußen muß die Reichsgetreidekasse alle möglichen Zwangsmittel anwenden, um die Landwirte zum Druck des vom Jahre 1918 noch angehaltenen Getreides zu veranlassen. Das sind die Folgen einer groß angelegten Agitation. Besonders groß ist der Widerstand in Bayern, angeregt durch

die Orgeleulen

die für die erdumte zukünftige Nacht genügend Getreidevorräte zu haben zu müssen glauben. Bekannt sind die Widerstände der Röhrenverbände gegen die behördlichen Kontrollmaßnahmen. (Zwischenrufe: Ruhland!) Das kann keine Entschuldigung sein für die planlose Wirtschaft bei uns. In dem neuen

Selbstbewirtschaftung der Staatsdomänen.

In der Preussischen Landesversammlung wurden am Dienstag zunächst

keine Anfragen

beantwortet. Eine deutsch-nationale Anfrage über die Umwandlung von Volksschulen in weltliche Schulen in Neufeld in unter dem Namen „Evangelische Schulen ohne Religionsunterricht“ wird dahin beantwortet, daß weltliche Schulen im Sinne der Reichsverfassung noch nicht bestehen und daß die oben bezeichneten Schulen ihren Charakter nicht verändert hätten, sondern daß die Zusammenfassung der vom Religionsunterricht befreiten Kinder an diesen Schulen lediglich aus praktischen Gründen erfolgt sei.

Es folgt die Beratung des Haushaltes der

Domänenverwaltung.

Abg. Peters-Hochmann (So.):

Die Privatinitiative bei der Bewirtschaftung von Gütern ist keineswegs unentbehrlich. Vielmehr hat sich der gemeinschaftliche Gedanke gegen alle Verleumdungen durchgesetzt. Dem Geleasantwurf, der für die Selbstbewirtschaftung der Domänen Staatsmittel anfordert, stimmen wir zu. Dieser Selbstbewirtschaftung muß der gemeinschaftliche Gedanke zugrunde gelegt werden. Den Antrag Dr. Strunne (Dem.), daß der

Verdacht in Bodenfrüchten bezahlt

werden soll, begrüßen wir. Die Selbstbewirtschaftung von Domänen hat in Ostpreußen glückliche Resultate ergeben; dort verdienen sich Domänen, die durch den Russeneinfall zerstört waren und völlig neu aufgebaut werden mußten, bereits mit 5 Proz. für die

Aufgaben der Siedlungspolitik

muß der Staat Mittel bereitstellen, denn sie ist zur Lösung des Arbeitslosenproblems unentbehrlich. Auch eine künftige Inanspruchnahme der Reorkultur sind wir dem Volke schuldig. Die Angriffe, die der Landwirtschaftsminister wegen angeblicher falscher Siedlungspolitik erhoben hat, sind unangenehm. Den Behauptungen der Soldatensiedlungen stehen wir skeptisch gegenüber. Im Reichsland Lager haben sich allerdings die Hände ergab. Die Sondergewinnungsarbeiten an der Nordsee müssen schleunigst in Angriff genommen werden. (Beifall rechts bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Hecht (D. Sp.) mißbilligt das Auftraten Minister Brauns im Reichstage. (Unruhe links.)

Abg. Weisker (Dnat. Sp.) spricht gegen die Vorlage. Der Ministerialdirektor für die Domänenverwaltung: Der abgemittelte Zustand der Domänen macht die

Selbstbewirtschaftung notwendig.

weil der Privatpächter sie nicht wieder in die Höhe bringen kann. Die angeforderten Mittel erscheinen hoch, sie sind aber nur der Höchstanschlag und brauchen nicht voll in Anspruch genommen werden.

Abg. Maunier (U. So.) Dem Geleasantwurf stimmen wir zu. Die Domänenpächter haben gute Einnahmen erzielt. Wie stimmen damit die Klagesieger der Rechtsparteien über die Kollege der Landwirtschaftsminister? Während des Krieges haben Sie (nach rechts) für künftige Zwecke zwecks Millionen bemittelt, und jetzt rechnen Sie die wenigen Millionen für eine so wichtige Aufgabe ab! Wenn Ihnen die Düngemittel umsonst geliefert würden, das wäre freilich ein kleines Geschäft! Aber solche Vorschläge liegen nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung. (Unruhe rechts.) In

Bucher- und Fleischhandelsgesetz haben wir kein Vertrauen. Die Polemik des Ministers gegen die Linke bezweckt nur eine Ablenkung von der Unmöglichkeit, der staatlichen Autorität Geltung zu verschaffen. Die Haltung des Ernährungsministers in den letzten Wochen steht im schärfsten Widerspruch zu seinem Verhalten in der Nationalversammlung. Aus dem Verfechter der Zwangswirtschaft ist ihr Gegner geworden. Die Ursachen liegen darin, daß er bei seinem Eintritt den Widerstand der gesamten agrarischen Kreise gegen sich hatte und dadurch zur

rückwärtslenkenden Freigabe seiner Vorläge

sich zwingen ließ. Nicht die „Freiheit“ vom Oktober 1920, sondern die agrarische „Folk“ vom Dezember 1919 hat die ersten Angriffe wegen des Falles Augustin, des Rabelanlaufs, der Stoffgeheimnisse usw. ohne Widerspruch veröffentlicht. Ruhe trat erst dann im agrarischen Müttermal ein, als der Minister eine andere Politik betrieb. Eine durchgreifende Erhöhung der Produktion, eine gerechte Verteilung und genügende Versorgung kann einzig durch die Sozialisierung der Landwirtschaft erreicht werden. (Beifall links. — Zwischenruf rechts.)

Reichsernährungsminister Hermes

wendet sich gegen die Darstellung des Falles Romm-Augustin und verteidigt dann nochmals die Aufhebung der zwangsweisen Ernährungswirtschaft besonders für Fleisch, die z. B. auch Baden unter dem sozialistischen Ministerium Kemmerle für notwendig hielt. Die Einfuhr wird soweit als irgend möglich in den Dienst der Ernährungswirtschaft gestellt, dabei bietet aber nur die Einfuhr des legalen und sachkundigen Handels die Gewähr, daß der Ankauf im Ausland zum Besten der deutschen Wirtschaft geschieht. (Sehr richtig in der Mitte und rechts.) Die Freigabe der Obst- und Gemüsefuhr hat selbst die „Freiheit“ damals als richtig anerkannt. (Hört, hört!) Ebenso hat die Deutsche ihre Einwilligung dazu gegeben, in der Erkenntnis, daß gerade die Verbraucherinteressen es fordern. Wir kommen nur dann zu einer Steigerung der Erzeugung, wenn wir die

Zwangswirtschaft abbaue.

Dem hat auch jüngst der Landwirtschaftsminister Braun Ausdruck verliehen als er erklärte, daß die Zwangswirtschaft hemmend auf die Produktion einwirke. Redner wendet sich dann gegen die persönlichen Ausführungen des Abg. Herz, und erklärt, daß er diesen keineswegs als Richter über seine sachliche Eignung anerkennen könne. (Beifall rechts und in der Mitte. — Zwischenrufe links.) Zum Schluß verteidigt der Minister nochmals die stufenweise Aufhebung der Zwangswirtschaft, die ganz noch nicht abzusehen werden könne. (Beifall rechts und in der Mitte. — Unruhe links.)

Donnerstag, 9 Uhr: Fortsetzung der heutigen Aussprache; Abkommen mit der Schweiz. Schluß: 6 1/2 Uhr.

der Siedlungsfrage kann es so nicht weiter gehen. Mit den bisherigen Methoden erreicht man das Gegenteil von dem, was erstrebt wird. Die Siedlungen von Arbeitslosen müssen unterbietet werden. Nehmen Sie unsern Antrag an, die Sachverhältnisse so abzuändern, daß unbillige Erhöhungen der Pachtzinsen vermieden und die Domänen der abgeänderten Pachtverhältnisse unterstellt werden. (Beifall bei der U. So.)

Der Haushalt der Domänenverwaltung wird danach unverändert angenommen, ebenso der Antrag der Unabhängigen über die Abänderung der Pachtverhältnisse. Der Geleasantwurf über die Selbstbewirtschaftung der Domänen geht an den Haushaltsauschuss. Angenommen wird der demokratische Antrag auf Entziehung des Pachtzinses durch Naturalleistung.

Ansiedlungskommission.

für Ostpreußen und Polen führt Abg. Stöckel (So.) aus: Es muß alles geschehen, um den Ansiedlern im lothringischen Gebiet zu helfen; es besteht auch sicher die Möglichkeit dazu. Den tüchtigsten Vorwurf von deutsch-nationaler Seite, ich hätte die Stadt Bromberg für 20 Millionen an die Polen verkauft, brauche ich wohl nicht zurückweisen. Gätte ich über Bromberg zu entscheiden gehabt, so wäre der Weg nur über meine Beichte gegangen. (Unruhe rechts.)

Abg. Maunier (U. So., rechts): Gegen die Polen dürfen keine Maßnahmen repressiver Natur ergriffen werden; besonders mißbilligen wir den Plan, ihnen landwirtschaftliche Maßnahmen vorzuziehen. Der Verhandlungsmodus ist der beste. Das Verhalten der Polen ist eine Folge ihrer (zur Rechten) früheren Ausnahmestellung gegen die Polen. (Lärm rechts. Außer: Sehen Sie doch nach Polen!)

Der Haushalt wird angenommen. Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Beratsamung und damit zusammenhängende Vorlagen. Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

„Kampf bis aufs Messer.“

Geselle Ulrich Hauser, der in den nächsten Tagen als Vertreter des Reiches nach Georgien geht, referierte dieser Tage in Kassel. Er fordert schärfsten Kampfes gegen die Reaktion mit allen zur Verfügung stehenden Waffen und schreie die Eintritt in die Regierung auf Grund von Scheinabstimmungen ab. Nur eine Reform in den Grundzügen, als welche er gründliche Reform der Justiz, der Verwaltung, der Reichswehr und die Sozialisierung der Bodenschätze nannte, käme in Frage. Kommen wir zur Regierung, so schloß Hauser, dann müssen wir den unheugamen Willen zur Macht haben, denn den werden wir nötig haben im Kampfe um die Sozialisierung. Es wäre lächerlich zu glauben, das Bürgerturn werde unter dem Gewicht unierer Gründe und um des lieben Friedens willen freiwillig abtreten. Sozialisierung bedeutet Kampf, Kampf auf der ganzen Linie, Kampf bis aufs Messer. Wir kämpfen um den Bestand der deutschen Republik, denn nur die Republik ist der Boden, auf dem der Sozialismus gedeihen kann. Glaubt nicht an einen leichten Sieg, der Kampf wird schwer und hart sein, wird Opfer über Opfer kosten, aber wenn wir in den Kampf gehen mit dem festen Willen, ihn zu bestehen, dann kann es nicht anders kommen, er wird enden mit dem endgültigen Siege des Proletariats.

Eine besondere Weihnachts-Freude!

MASSARY
Zigaretten

KON LINON

Sozialdemokratischer
Bezirksverband Groß-
Berlin der S.P.D.
A. Abteilung
Unter Mitglied 1101/15
Gustav König
Bogelberger Straße 11
am 6. Dezember pünktlich
an der Berliner Straße
oben in dem Ladenlokal
Die Stadteröffnung erfolgt
am Freitag, 10. Dezember
nach 4 Uhr im Revue-
saal, Bogelberger Straße
Zahlreiche Beilagen
erwartet Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentz
Friedrichstr. 125
Sonnt. 11-1. Bogelberg, Barn.
Friedrichstr. 125
Sonder-Beilagen, Sonder-Beilagen,
Sonder-Beilagen, Sonder-Beilagen.

Dr. med. Grütering
Haupt-Haus: Geschlechtsleiden,
Männl. u. Frauen, Blutunters.
Invalidenstr. 35, Ecke
Chausseest. 31, 11. Spr.
Wochentag 11-1. 11-1.

Transport. Kachelöfen,
eiserne Ofen aller Systeme,
Spezialität:
Lademanna's
25% Kohlenersparnis,
für jeden Raum geeignet,
Bäder u. Heizungen, Wirt-
schaftl. Heizkessel, usw., liefert
P. H. Max Lademann G. m. b. H.
Berlin SW 19, Seydelstr. 12/13.

Gartenlandparzellen
Niederschönhausen,
in bester Natur, bequem er-
reichbar, verkaufte ausnahms-
weise billig mit

70 Mk. pro qB
Auskunft auch Sonntags,
Niederschönhausen, Blanken-
burger Straße 33, an der End-
station der Linie 49
S. Joseph, Amt Maybit 467

Zeit-Zeitfester
6 und 8 Uhr, 11 Uhr
W. Stöckmann, Berlin W 9,
Friedrichstr. 135 (Lin. 92/91)

Beitnässen!
Beimung sofort,
Alter u. Geschlecht an-
geben, Ausk. umsonst.
San. Inst. Gg. Bangbrecht,
Königsstr. 64, Kassestr. 9

Leidenschaftsbäume
Lehrer, Schulr., 6000 300 Mk.
Besuch, am Kaiserbahnhof
Gartenstr. 3/300

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide
und Gmelin
faßt jeden Polzen

Elektrobureau, Grüner Weg 100.
820er u. 880er Decken u. Schläuche
kauft
Berliner Autobau G. m. b. H.,
Chausseestraße 35/39,
Norden 1530.

Prozesse,
Ret. Bestand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesuche,
Landgericht Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H.,
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Fietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Bedachte: Teiz Kölnstr 3400.

Pferde-Decken
solide Ausstattung, warm gefüttert, wenig gebraucht und neu
Hefen sehr preiswert
K. Dümmling,
Berlin, Potsdamer Straße 75c, Telefon 6550.

Friedrich Stampfer:
Von Versailles zum Frieden
Der Weg vom Scheinfrieden zum
wirklichen Frieden!
Stampfer beschränkt sich nicht allein auf die Kritik
der in übersichtlicher Darstellung gegebenen Ver-
tragsbedingungen, sondern er beweist die Möglichkeit,
ohne von Nicht-Erfolg und ohne eine allgemeine
Friedenskonferenz durch Verbesserung der Beziehungen
zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Orga-
nisiert, durch Solidarität und verantwortliche Orga-
nisation und Anstrengung des Vervollständigen für uns und
die anderen Völker ein wirkliches Zustand zu schaffen.
Eine gesunde und ergebr. Ausgabe ist in Vorbereitung.
Preis 4 Mk. und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Oberlandesgerichtsrat
sachl. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwieriger
Fälle, Erb-, Alimenten-, Verwaltungsverhältnisse, Schlichtungen,
Potsdamer Str. 111, Telefon 2494, Direktor Fabisch.

Everth & Mittelmann
Bankgeschäft
Gegr. 1872 Berlin C 19, Petriplatz 4 Gegr. 1872
gegenüber der Petrikirche.
Fernsprecher: Zentrum 2133, 7103 u. 113 41.
An- und Verkauf von Effekten und Coupons
Geschäftszeit 9-3.

Praktische Weihnachtsgeschenke Große Auswahl
Erstklass. Arbeit

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim
Hersteller
A. LESDAU
Werkstätten für feine Korbmöbel
Fernsprecher: Neukölln 1759
Ausstellung und Verkauf nur
Neukölln, Anzengruberstr. 20.

Bequeme Korbsessel mit Polster von 98 M. an u. reizende Kindersessel von 35 M. an
12820

Spezialarzt
Dr. Haedicke
Haut-, Geschlechtsleiden, Blut-
untersuchungen, Salvarsan-
kurven, Friedrichstr. 187, u. d.
Mohrenstr. 11-1, 3-6, 24-11-1.

Pelzwaren
Bei besuener Zahlungsweise abwärts,
Bei Barzahlung 10% Skonto,
Reklamationen in 14 Tagen.
Pelzwarenhandel
KALLIS,
Eile-Wardenbergstr. 11,
nahe Stahlfabrik-Kiergarten.
Telephon: 3200/11-12/24.

Alte Zahngebisse
Gold-, Silber-, Platin-
Bruch-, Gegen-
stände, Kupfer,
Messing usw.
kaufen zu Tagespreisen
Metallverwertungsgeselle
Kaiser-Wilhelm-Straße 34,
Norden 2531.

Glühlampen
und
Installations-Material
zu besten Preisen
Ing.-Bureau Jul.
Schlichting
Berlin W 9, Charlitz 10,
Tel.: 2110/11 u. 2112

G. H. KUNZE
BERLIN SW, Schützenstrasse 71
Seifen-Fabrik
Gegründet im Jahre 1844
Lieferant staatlicher Behörden und Anstalten

erlaubt sich hiermit ergebenst, Ihren geehrten
Kunden des ganzen Deutschen Reiches von
Stadt und Land mitzuteilen, dass nunmehr
nach vielen Jahren die Fabrikation von
**Oberschal-Harzkern-Schnitzel-
Toilette- und Schmier-Seifen
Soda-Seifenpulver-Kerzen**
aufgenommen werden konnte und die bewährten
Fabrikate wieder in alter Güte und aller-
besten Beschaffenheit geliefert werden
können. Alle Bestellungen werden wie bisher auf
das Beste und Gewissenhafteste sofort erledigt.

Die Preise sind den vorzüglichen Fabrikaten und
der Zeit entsprechend die billigsten. - Bei Be-
darf erbitte Besuch oder schriftliche Anfrage.

Brillanten
Juwelen kauft
Amsterdamer
Diamantschleiferei
Friedrichstr. 160.

**Pelz-
ABUCCO**
Zahlungserleichterung
Leipziger Str. 58

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschienen! Vor 1900 Jahr!
Wer war Jesus Christus? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument
gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus
war: ein Bundesbruder des Essenerbundes, einer Art
Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Abtes
dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria.
Ein ehrlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das
Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen
Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären.
Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht
ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein
Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen.
Preis Mk. 6,50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 4

Trauringe
Dukatengold, 14 kar. Gold, 8 kar.
Gold gestempelt. - Gleich zum Mitnehmen
A. Schiffmann, Alexanderstr. 12
Teleph. Aliz 4265

Kriegsanzüge wird zu 84% in Zahlung genommen.

**Großer
Weihnachtsverkauf**
zu extra billigen Preisen!!!

Plüschmäntel Ausb. 625-1178, Astrachanmäntel 345-712
Pelzmäntel . . . 1675-8750, Krimmermäntel 796-1200
Seidplüschmäntel in 1a Ausführung 2150
Mollige Ulster 76, 95, 110, 134, 169-785
Gesellschaftskleider 255-817, Kostüme 129-1145
Röcke wasserfest ausb. 42-267, Gummimäntel 375, für Herren 425
Sportjacken 45-275

Westmann
1. Geschäft: Berlin W,
Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Str. 115

**Aerztlich geleitete, modern
ingerichtete Heilanstalt
für ambulator. Behandlung**

Modernes, erprob. Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro-
und Lichtheilmethoden, die
**wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte
"Künstliche Höhensonnen"-Behandlung**

Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren,
Pflanzen- und Kräuterkur und Bäder, Sauerstoffkur, homöo-
pathische und mechano-therapeutische Behandlung. - Nach-
weisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krank-
heiten, inneren u. äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-
Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche,
nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner
nervöser Anspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen
Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinder-
lähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw.

Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher be-
handelter und geheilter Patienten, die angeblich, vor der Behand-
lung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt
worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstr. 55,
Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. - 2. Herr
Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 29 II,
Lungenleiden geheilt. - 3. Frau Berta Dachow, Neukölln, Emsor
Straße 158, Von Bronchialasthma, nervöser Herzschwäche und
Neuralgie geheilt. - 4. Herr K. Enslin, Restaur., Charlotten-
burg, Hattenstraße 12, Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. -
5. Frau Käthe Tschöpe, Bin-Südende, Lichterfelder Str. 57, Von
allgem. Nervenschwäche, Herzneurose und Unterleiden geheilt.
- 6. Frau M. Zofka, Berlin, Nollendorfstr. 40, Rheu-
matismus u. steife Schulter geheilt. - 7. Herr E. Ehrhardt,
Gr.-Lichterfelde, Ringstraße 52a, Chronisches Hüftgelenkleiden
wiederholt erfolgreich behandelt. - 8. Frau E. Hohdorff, Berlin,
Kolberger Str. 28-29, Nerven- u. Knochenhautentzündung -
vollständig gelindert - geheilt. - 9. Herr F. Nayda, Berlin,
Prinzessinnen 72-75, Von Kopf- und Kreuzschmerzen, trockener
Brustentzündung nach Influenza geheilt. - 10. Frau E. Herz-
mann, Schöneberg, Feurigstr. 61, Eitrige Fistel nach Blind-
darmoperation geheilt. - 11. Herr E. Ritter, Friedensu, Spon-
holzstr. 56, Von Kniegelenkleiden geheilt. - 12. Frau A. Rohr-
moser, Berlin, Breslauer Str. 1, Altes fünfzehnjähriges Herz-
leiden geheilt. - 13. Herr M. Aufner, Reinickendorf-West, An-
tonienstr. 5, Kiefervereiterung geheilt. - 14. Frau H. Hagel,
Sachsenhausen b. Oranienburg l. M., Unterl-Blutungen und
Nervenleiden geheilt. - 15. Frau Wwe. Fritschler, Berlin,
Marienburger Straße 48, Darmgeschwulst geheilt. - 16. Frau des
Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magervieh-
hof, Von Geh-Knickung geheilt. - 17. Herr Erich Dock, Berlin,
Havelberger Straße 15, Von Nieren- und Blasenleiden, Wasser-
sucht, allgemein, gross, Schwäche geheilt. - 18. Frau Restar,
Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87, Von Basedowscher Krank-
heit geheilt. - 19. Herr A. Brose, Berlin-Tempelhof, Friedrich-
Wilhelm-Straße 14, Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung
der Beine vollständig geheilt. - 20. Frau E. Popp, Bin-Lichten-
berg, Gärtnerstr. 10, Von chron. Frauenleiden Herzschwäche
u. Verstopfung geheilt. - 21. Herr A. Schlauitz, Berlin, Capriv-
straße 24, Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium er-
folgreich behandelt. - 22. Herr A. Hellwig, Bin-Borsigwalde,
Ernststraße 25, Von Magengeschwulst, Verstopfung und
Nervenschwäche geheilt. - 23. Herr Milchhändler Eckert, Berlin,
Griffenburger Str. 26, Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen
in Bein und Fußgelenk geheilt. - 24. Herr Gastwirt C. Michae-
lis, Charlottenburg, Wallstr. 87, Von chronischem Leberleiden
und Gelbsucht geheilt. - 25. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg,
Scharnweberstraße 62, Von Herzschwäche, Leber-Anschwel-
lung und Magenkrebs geheilt. - 26. Sohn Paul des Weichen-
stellers Herrn Wilhelm Hoffner, Berlin-Westend, Beamtenhaus,
Von schwerem Beinleiden geheilt, Bein sollte abgenommen
werden.

Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheilter
Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf
Wunsch zur Einsicht.
Sprech- u. Behandlungszeit: 9-1, 4-7 1/2, Sonn- u. Feiertage 9-1.
Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
Arzt approbiert im Ausland
Berlin SO 16, Brückensirasse 10 b
am Bahnhof Jannowitzbrücke
Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Unter-
suchung in der Heilanstalt
30 jährige Praxis

Neu aufgenommen
Lederwaren und Reiseartikel
Besuchstaschen, Brieftaschen
Scheintaschen, Portemonnaies
Damen-Handtaschen
Reisekoffer
P. Raddatz & Co
Berlin W, Leipziger Str. 122-123

Soeben erschien! Soeben erschien!
RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 17 18.
Aus dem Inhalt: Kongress der Völker des Ostens; G. Snowjew: Die
Aufgaben des I. Kongresses der Völker des Ostens; Karl Radck: Die inter-
nationale Lage und die Aufgaben der Völker des Ostens. Boris Kunt: Ueber
die Aufgaben der Rätebewegung im Osten. Thesen zur Agrarfrage. Dekla-
ration Ewer Pascha. Erklärung des Vertreters der Regierung in
Angora Ibrahim Tall. Resolution zur Erklärung Ewer Pascha. / Karl
Radck: Die sentimentale Krise Mr. Bertrand Russis nach Rußland. / Zur
Frage der Elektrifizierung Sowjetrußlands; Tätigkeitsbericht der Staat-
lichen Elektrifizierungskommission, Grundlinien der Elektrifizierung des zentralen
Industriegebietes. Grundzüge des Elektrifizierungsplanes für das Wolga-
gebiet. Kurze Denkschrift über die Elektrifizierung Westsibirians. Allgemeine
Thesen für die Elektrifizierung Turkestans; Ch. Rakovskij: Die Serie ge-
siegt (Zur Geschichte der Roten Armee). / G. Snowjew: Die Sowjetmacht und
der Olfizierstand. / W. P. Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft. / I. Michailow:
Lokomotiven und Wagen in Rußland. / Krestinski: Ueber Organisa ionstragen
A. Anisk: Organisation des Arbeitsmarktes in den ersten zwei Jahren der
Sowjetetherschaft. / Allrussischer Landarbeiter-Verband. / S. Strumilin,
Arbeitsausgleich. / St. Krivov, Die Aufgaben der neuen Wissenschaft. / Leont
über die politische Lage. / Die Wahrheit über die Krim. / China und
Sowjetrußland. / Die Aufgaben der russischen Metallindustrie. / Land-
wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland. / Aufbau der Transport-
mittel. / Kleine Beiträge und Notizen. / Illustrationen: Bestimmung der Ge-
bietenen während der Februarkämpfe. Petrograd 1917. / G. Snowjew, L. Trozki
Bilder vom der Arbeitsfront. Preis Mk. 6.-
* Zu beziehen durch die Austellerin stelle für Deutschland:
A. Seehof & Co. Verlag, Berlin C 54.

Soeben erschien!
RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 17 18.
Aus dem Inhalt: Kongress der Völker des Ostens; G. Snowjew: Die
Aufgaben des I. Kongresses der Völker des Ostens; Karl Radck: Die inter-
nationale Lage und die Aufgaben der Völker des Ostens. Boris Kunt: Ueber
die Aufgaben der Rätebewegung im Osten. Thesen zur Agrarfrage. Dekla-
ration Ewer Pascha. Erklärung des Vertreters der Regierung in
Angora Ibrahim Tall. Resolution zur Erklärung Ewer Pascha. / Karl
Radck: Die sentimentale Krise Mr. Bertrand Russis nach Rußland. / Zur
Frage der Elektrifizierung Sowjetrußlands; Tätigkeitsbericht der Staat-
lichen Elektrifizierungskommission, Grundlinien der Elektrifizierung des zentralen
Industriegebietes. Grundzüge des Elektrifizierungsplanes für das Wolga-
gebiet. Kurze Denkschrift über die Elektrifizierung Westsibirians. Allgemeine
Thesen für die Elektrifizierung Turkestans; Ch. Rakovskij: Die Serie ge-
siegt (Zur Geschichte der Roten Armee). / G. Snowjew: Die Sowjetmacht und
der Olfizierstand. / W. P. Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft. / I. Michailow:
Lokomotiven und Wagen in Rußland. / Krestinski: Ueber Organisa ionstragen
A. Anisk: Organisation des Arbeitsmarktes in den ersten zwei Jahren der
Sowjetetherschaft. / Allrussischer Landarbeiter-Verband. / S. Strumilin,
Arbeitsausgleich. / St. Krivov, Die Aufgaben der neuen Wissenschaft. / Leont
über die politische Lage. / Die Wahrheit über die Krim. / China und
Sowjetrußland. / Die Aufgaben der russischen Metallindustrie. / Land-
wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland. / Aufbau der Transport-
mittel. / Kleine Beiträge und Notizen. / Illustrationen: Bestimmung der Ge-
bietenen während der Februarkämpfe. Petrograd 1917. / G. Snowjew, L. Trozki
Bilder vom der Arbeitsfront. Preis Mk. 6.-
* Zu beziehen durch die Austellerin stelle für Deutschland:
A. Seehof & Co. Verlag, Berlin C 54.

Die Deutschen Werke.

Sitzung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss des Reichstages legte Dienstag die Debatte über die Deutschen Werke fort.

Abg. Wieland (Dem.): Der Vertrag der Direktion der Deutschen Werke mit Herrn Kahn ist ebenso ungewöhnlich wie die Verhältnisse zur Zeit seines Abschlusses. Die Direktion war jedenfalls im guten Glauben. Die Gründe, die die Direktion dafür angibt, daß sie den Vertrag dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt hat, sind nicht durchschlagend. Die Reichsregierung muß Vorkehrungen treffen, die eine Wiederholung derartiger Dinge ausschließt.

Ministerialrat Schäfer (Reichsfinanzministerium): Während die von den Sachverständigen eingesetzten Zahlen nur für 10 000 Tonnen gebrauchsfähige Maschinen gelten, dürfte es sich in Wirklichkeit um 15 000 handeln. Die von den Sachverständigen zugrunde gelegten Preise sind schließlich niedrig. Es ist unverständlich, wie dieser sogenannte Kahn-Vertrag abgeschlossen werden konnte. Ungeheurer ist, daß sich die Deutschen Werke keine wirksamen Kontrollrechte gesichert haben.

Eine Resolution der bürgerlichen Partei beantragt, der Reichstag möge dem zwischen den Deutschen Werken und Kahn abgeschlossenen Vertrage seine

Mißbilligung aussprechen.

Die Reichsregierung soll auf Aufhebung des Vertrages hinwirken und bei Anwendung zulässiger Mittel in Zukunft den Abschluß ähnlicher für das Reich undwünslicher Verträge verhindern.

Abg. Erling (Z.): Der Vertrag schädigt das Reich. Diejenigen, die ihn gemacht haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die nächste Anrede mit der Direktion zeigte, daß wahrscheinlich Herr Dr. Kahn der Schöpfer dieses Vertrages ist. Man bestimme dann die hervorragende Tätigkeit des Generaldirektors Reinlich und beauftragt, daß diesem Manne schloße Rollen unterworfen werden sollen.

Reichsfinanzminister v. Kaamer: Ich mißbillige die Vorfälle gegen die Direktion der Deutschen Werke. Es hat sich nicht ein Schatten des Verdachts erhoben, daß bei dem Vertrage Unredlichkeiten vorgekommen sind. Eine Sabotierung der Reichsbetriebe liegt mir fern. Nicht ich widerstrebe einer Mitarbeit bei den Anwaltschaften der Deutschen Werke, sondern die Direktion trotz dem entgegen. Wenn aber ein Minister einmal durchgereicht, um Schaden für das Reich zu verhindern, so fällt ihm ein Teil der Preise und der politischen Parteien in den Arm.

Abg. Regien (Soz.): Der Direktion ist es gelungen, die Reichsbetriebe rentabler zu machen und die Arbeitslosigkeit zu heben. Für das durch sie sichergestellt gute Verhältnis zwischen Angestellten und Leitung ist es bezeichnend, daß aus verschiedenen Betrieben Protesttelegramme gegen die Entlassung der Direktoren von den Arbeitern eintrudeln. Die dauernde bürokratische Einmischung des Reichsstaatsministeriums in die Angelegenheiten der Deutschen Werke hat eine große Entwertung erzeugt. Es ist vielmehr zu empfehlen, daß der Aufsichtsrat einen größeren Einfluß gewinnt, um so die Nachprüfung des Reichsstaatsministeriums im Aufsichtsrat einzubringen.

Reichsfinanzminister v. Kaamer: Ich übernehme die volle Verantwortung für den Eintrag, der meine Ansicht war, auch wenn der Abg. Regien den Vertrag mit Herrn Kahn verteidigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Reichsnotopfer — Zwangsanleihe.

Der Steuerausschuss des Reichstages legte gestern die Beratung des Gesetzes über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers.

Abg. Dr. Niefer (D. Sp.) erklärte, daß in keinem anderen Lande der Welt das Vermögen so stark mit Abgaben belastet und für die Allgemeinheit mit Beschlag belegt worden sei wie in Deutschland. Zur sofortigen Erhebung des Reichsnotopfers äußerte er sich deswegen ablehnend, weil keine Gewähr dafür vorhanden sei, daß auch nur ein geringer Teil der schwebenden Schuld abgebaut werde. Mit der Erhebung des unveränderten Notopfers unter gleichzeitiger Auslösung des Dawensteinschen Planes könne er dann einverstanden sein, wenn die Eingahlung des Reichsnotopfers auf die Zwangsanleihe angerechnet würde, die schuldgezeichneten Kriegsanleihen mit Kennwert angenommen würden, das Reichsnotopfer auch mit Zwangsanleihe bezahlt werden könnte und weiter die Zwangsanleihe, die mit 4 Proz. verzinst werden sollte, von der Kapitalertragsteuer befreit werde.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Das deutsche produktive Vermögen werde völlig aufgefressen und die deutsche Wirtschaft vernichtet, wenn nicht endlich über die Kosten des Friedensvertrages Klarheit geschaffen und hier Wälderungen, besonders der Besatzungskosten, ergibt wird. Ob es möglich sein werde, in diesem Augenblick einen so schweren Eingriff in die deutsche Wirtschaft zu machen wie dies durch eine Zwangsanleihe geschehe, wolle er zunächst offen lassen, zumal auch seine Fraktion dazu noch keine Stellung genommen habe. Die zur Debatte stehende Steuervorlage ist ihm zu brutal, da sie auch von denen sofortige Steuerzahlung verlange, die kein Bargeld hätten.

Reichsfinanzminister Dr. Biers ging auf die Ausführungen des Vorredners hinsichtlich der Auslösung des Dawensteinschen Planes ein. Die Vorbereitungen für die Konferenz in Brüssel seien getroffen. Die Stellungnahme des Abgeordneten Helfferich zur Vorlage ist erwidert, daß sie keine Klarheit gebracht und den Eindruck hervorgerufen habe, als ob die Steuerfrage von der Rechten hier diktatorisch behandelt werden sollte. Der Minister sei dringend um Klärung, denn es spiele hier auch die Besatzungsfrage hinein. Die Regierung wird nach wie vor an der Vorlage festhalten, sie hat inzwischen auch die Frage einer Zwangsanleihe näher geprüft.

Nach längeren Ausführungen über die Frage der Besatzungskosten, wobei sich sämtliche Redner für eine Verminderung der ungeheuren Besatzungskosten aussprechen, werden die Beratungen abgebrochen.

Zuchthaus für Schleichhandel.

In seiner Sitzung beschäftigte sich der Reichsausschuss des Reichstages mit dem Gesetzentwurf über Verstärkung der Strafen gegen Schleichhandel. Ein Antrag Waldstein (Dem.), wonach mehr Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln an Gasthausgäste der Gastwirten nicht so schwer angedroht werden sollen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde § 1, der bestimmt, daß Schleichhandel usw. in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und mit einer Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark bestraft wird, ebenso § 2 angenommen, der bestimmt, daß als besonders schwerer Fall anzusehen ist, wenn der Täter aus Hablust mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt bzw. wenn der Täter durch Freistreiberei aus Hablust die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise steigert.

Der Kampf um Dr. Löwenstein. Der Gemeindevorstand der Preussischen Landesversammlung vertagte die Beratungen der großen Anfrage der Abg. Lerat und Genossen (D. nat.), betr. die Wahl Dr. Löwensteins zum Stadtschulrat von Berlin nachdem festgestellt worden war, daß auf der Tagesordnung der Stadtvorordnetenversammlung von Groß-Berlin am kommenden Donnerstag ein Antrag steht, beim Minister die Bestätigung Löwensteins zu beantragen.

Aus Hermes' Ministerium.

Wir lesen in der „Soz. Korr.“:

Der Fall Argentin ist jetzt gelöst. Herr Hermes hat nicht mehr geantwortet, daß der Brief des Staatssekretärs Kamm, der von den Verhörungen Augustins Kenntnis gab, am 11. Mai Gegenstand einer Besprechung im Ernährungsministerium war. Am 20. Mai hat Herr Hermes Herrn Augustin zum Ministerialrat ernannt! Die Tatsache steht fest, und alles andere ist Bemerkung.

Aber das ganze Reichsernährungsministerium ist eine Stätte höchst zweifelhafter Gestalten. Wir fügen heute dem Fall Augustin die Fälle Fürst Schwoon und Heukamp hinzu.

Herr Regierungsrat Dr. Fürst hatte die Einfuhr und Ausfuhr der Lebensmittel unter sich. In dieser Stellung hat er von den beteiligten Firmen sich Provisionen und Vorteile aller Art zuwenden lassen. Es besteht ein umfangreicher Briefwechsel zwischen Fürst und einer ganzen Anzahl von Einfuhrinteressenten, in dem Fürst über Eintritt in diese Geschäftsgeschäfte verhandelt. Er stellt dabei geradezu wahnwitzig hohe Ansprüche. Wir haben bereits zweimal öffentlich getragt, wie es mit diesen Verhörungen des Regierungsrats Dr. Fürst stehe. Die Untersuchung, die seine Schuld schon längst erwiesen hat, wird durch Monate hingenommen, aber der Regierungsrat Dr. Fürst sitzt längst wohlgeborgen und wohlversorgt in Holland.

Herr Schwoon war Direktor der Reichsfleischstelle. Vor neun Monaten wurde dem Minister Schmidt eine Beschwerde über ihn mitgeteilt, wonach Schwoon sich in den geschäftlichen Ausbilden über die sozialdemokratischen Minister bedrohte und eine bestimmte Einfuhrgesellschaft, die Allianz in Hamburg, ausfällig bevorzugte, offenbar, weil er an ihr interessiert sei. Minister Schmidt ordnete die Untersuchung an, aber inzwischen ging auch die Reichsfleischstelle an das Ministerium Hermes über. Der zweite Direktor der Reichsfleischstelle, Stadtrat Grünher, bestätigte sämtliche Angaben der Beschwerde und führte zum Beweise viele Einzelheiten an. Daraufhin wurde Grünher wegen eines angeblichen formalen Fehlers sofort aus der Stellung entlassen und Schwoon glänzend gerechtfertigt. Jetzt hat Schwoon der Allianz bei einem großen Fleischlauf in Holland eine Provision von 7 Proz., das ist eine Summe von 34 Millionen Mark, ausgeschüttet. Nach diesen und ähnlichen Streichen ist er in Urlaub gegangen und um seinen Abschied eingekommen; er ist inzwischen in die Allianz als Direktor eingetreten.

Der Affessor Dr. Heukamp hat sich während des Krieges, um einem Einberufungsbesehl zu entgehen, nach Kloppeburg abgemeldet, wo ein Hermes Landwirtschafswächter war. Als ihn auch dort ein Gestellungsbefehl erreichte, ist er in der Uniform eines Inspektors nach Wilna gefahren, natürlich ohne Perücke und ohne Papiere. Mit Hilfe von allerlei Helfern ist es ihm dort gelungen, bis zur Revolution dem Heeresdienst zu entgehen. Dieser Affessor und falsche Intendanturbeamte ist gegenwärtig Ministerialdirektor bei Hermes, Karriere!

Aber wir könnten, so schreibt die genannte Korrespondenz, noch ein Dutzend solcher Fälle erzählen, der bürgerliche Mod hat seinen Hermes doch, und das ganze Kabinett fehrndach ist mit ihm solidarisches. Sorgt Hermes doch nicht nur für seine Agrarier, sondern auch für die Millionengewinne der Strohstoffindustrie und einiger Margarinekonzerne sowie der Getreidehändler. Hermes genügt nicht nur den Schutz von Dr. Köhler, sondern auch von Max Weigelt und Nikodemus Caro. Wie könnte da die „demokratische“ Presse widerstehen, wenn zum Generalkommando gegen Otto Braun gelassen wird.

Kommunistischer Vereinigungsparteitag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Brandler schloß sein Referat über die Gewerkschaften mit der Behauptung, daß die Gewerkschaften nur dann die Lage der Arbeiter verbessern könnten, wenn sie bewußt kommunistisch (1) sind. Die „gelbe“ Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale habe die Arbeiter an den Kapitalismus verrotten (1), die rote Moskauer Gewerkschaftsinternationale werde sie erlösen. — In der Debatte sprach u. a. Ruch, der erklärte, daß jetzt, nachdem die Arbeitergemeinschaft im Reichsministerialrat und Reichssozialrat berufen und zu einer staatlichen Institution geworden sei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wahrscheinlich den Ausschritt aus der Arbeitergemeinschaft beschließen werde, um sich so den Anklagen zu geben, als wenn er sie, ebenso wie die Kommunisten es täten, ablehnen müsse. Das sei nur ein Scheinmandat.

Ueber die Frauenfrage

referierte Klara Zetkin, schwächer als sonst, wenn sie über allgemeine Politik spricht. Die Revolution habe der Frau zwar die politische Gleichberechtigung gebracht, aber sie konnte die Frau ebensowenig wie den Mann wirtschaftlich und gesellschaftlich befreien. Die kommunistische Partei führe ihren Kampf auch für die Befreiung der proletarischen Frau. Sie setze für den Kommunismus als Ziel, der nicht mit ihrische in Gesellschaft, sondern mit Schwertkrieg ankommen werde.

In der Debatte wandte sich eine Kommunistin gegen den Vorwurf, daß die Kommunisten irreligiös seien, der Kommunismus sei die Weltreligion. (Es ist schon richtig, daß der Kommunismus etwas von religiösem Festenatismus hat.) Ein Antrag Verta Brauntal für die Abschaffung des § 218 St.G.B. (Abtreibung) wurde nach Befürwortung durch die Antragstellerin und Klara Zetkin angenommen. Letztere betonte dabei, daß in Sowjetrussland der Abortus nur dann straflos sei, wenn er in öffentlichen Krankenhäusern und von angelegten Ärzten vorgenommen wird. Dabei könnten dort die schwangeren Frauen nicht mehr zum Gegenstand der Spekulation von betrieblichen Ärzten und Hebammen gemacht werden. — Es folgte dann die

Wahl der zentralen Körperschaften.

Zu Vorsitzenden der Partei wurden Ernst Däumig und Paul Levi gewählt, zu Sekretären: Klara Zetkin, Koenen, Brandler, Braß, Piel, Stoedter und Kemmel, zu unbefeheten Vorstehern Adolf Hoffmann, Thalheimer, Kurt Geuer, Hedder und Gabel, zur Leiterin des Frauensekretariats Verta Brauntal. Nach Wahl des Zentralausschusses wurde eine von Klara Zetkin begründete Resolution angenommen, die sich gegen die Generalisten der politischen Bourgeoisie wendet, und den in den Koffern der bolschewistischen Republik schmachenden 5000 Kommunisten die Sympathie des Parteitagess ausdrückt. In einer weiteren Entschließung erklärt sich der Parteitag mit den Pop- und Verberberbeamten solidarisch und versichert, sie seiner Sympathie und Unterstützung.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Piel, der die neue Partei als Massenpartei pries, wurde der Vereinigungsparteitag mit einem Ochs auf die Weltrevolution, die kommunistische Internationale und die deutsche Sowjetrepublik sowie mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Vor kurzem wurde in einem Leitartikel des „Vorwärts“ eine Widerlegung des Gehörwanges gefordert. Ein kommunistisches Parteiblatt, das „Auffre“, schrieb gegen diesen Artikel unter gänzlich Verdrängung seines Inhalts folgendes:

„Nicht Brot, nicht Milch, nicht Wohlfahrt, nicht Gesundheit, nicht Freude für die proletarischen Eltern und Kinder fordert der

„Vorwärts“. Nein, nur das Recht des hilflosen Sklaven, das Recht, keinen Unglückswurm auf die Welt setzen zu müssen. So weit sind wir denn nun nach der glorreichen Revolution vom November 1918 und nach zwei Jahren sozialistischer Regierung in Deutschland!“

Nun hat, worüber wir an anderer Stelle berichten, am Dienstag der kommunistische Vereinigungsparteitag einen Antrag Verta Brauntal einstimmig angenommen, der die Abschaffung des § 218 St.G.B. (Verbot und Bestrafung der Abtreibung) fordert. Was wird nun das „Auffre“ schreiben?

Wenn die Kaiserin stirbt . . .

Eine Zeremoniefrage in der Republik.

In bürgerlichen Reichstagskreisen beschäftigt man sich mit der Frage, wie man sich zu verhalten habe, wenn die Frau des ehemaligen Kaisers sterben sollte. Nach unserer Auffassung ist diese Frau durch die Staatsumwälzung in die Reihen der gewöhnlichen Sterblichen zurückgetreten. Es sterben in Deutschland täglich viele treffliche Frauen, ohne daß der Reichstag ihrer besonders gedenkt, mit der Frau des ehemaligen Kaisers kann es nun auch nicht anders sein. Eine davon abweichende Behandlung dieser „Frage“, die keine ist, würde in sozialdemokratischen Kreisen als monarchistische Kundgebung aufgefaßt werden und mühte naturgemäß republikanische Gegenkundgebungen auslösen.

Diese Bemerkung ist notwendig geworden, weil die „Dona“ eine Falschmeldung über eine angebliche Sitzung des Kistenenausschusses veröffentlicht, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben soll. Tatsächlich hat eine solche Sitzung nicht stattgefunden. Erörterungen über Begräbniszeremonien stellt man taftvoller Weise nicht vorzeitig an — möge sich auch in diesem Falle das Sprichwort bewähren, daß Folgebote noch lange leben!

Auslandsrundschau.

Die Gobelins der Wiener Hofburg wurden an Holland mit Zustimmung der Reparationskommission verpfändet, um neuen Getreidebedarf für Januar und Februar zu decken.

In Linz a/Donau Straßenbahnstreik als Protest gegen die Verurteilung eines Wagenführers zu 8 Monaten Arrest wegen Uebertretens eines Passanten.

Henderson ist unerwartet aus Irland nach London zurückgekehrt. Hierdurch sind die Erwartungen über die Friedensverhandlungen mit Rußland sehr gehoben worden. Man erwartet, daß die Regierung in diesen Tagen im Unterhause einige Mitteilungen hierüber machen wird.

Die deutsche Regierung hat der niederländischen Regierung mitgeteilt, daß sie zur Ratifizierung des deutsch-holländischen Kohlen- und Kreditabkommens bereit ist. Die deutsche, vom Reichspräsidenten Ebert gezeichnete und vom Reichminister des Aeußern Simons gegenzeichnete Reichsurkunde befindet sich bereits im Haag.

Die Erklärung des Generalstreiks für ganz Spanien ist noch aufgehoben.

In Belgien sind von 80 000 Hektar Land des ehemaligen Kampagne 53 000 Hektar Aderland wieder bestellt worden. — Die Engländer verlassen bis 15. Januar die belgische Küste.

Dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus ist ein Gesetzentwurf über Aufhebung der Kriegsmassnahmen mit Ausnahme derer, die den Handel mit dem Feind betreffen, zugegangen.

Wirtschaft

S. G. W.

Die Berliner Elektrizitäts-Werke, die 1884 gegründet wurden, haben am 1. Oktober 1918 ihre Werke zum Preise von 192 Millionen an die Stadt Berlin abgegeben. Die Gesellschaft befaßt sich auch weiter mit der Erzeugung von elektrischem Strom, da sie große Braunkohlenfelder in Golpa und Picherowitz besitzt, auf denen Deutschlands größtes Kraftwerk, die Elektrowerke A.-G., stehen.

In der Generalversammlung wurde die Dividende von 4 1/2 Proz. für die Vorzugsaktien und 10 Proz. für die Stammaktien sowie die Erhöhung des Kapitals um 15 auf 79,1 Mill. M. genehmigt. Mamroth führte aus, daß die Gesellschaft Mittel bereithalten müsse für einen weiteren Erwerb von Aktien der Grube Leopold. Die Grube hat in der letzten Zeit einen starken Aufschwung genommen. Angesichts der Stabilität jedoch, die die Braunkohle infolge der veränderten Verhältnisse erlangt hat, bleibt noch größere Aufgaben zu lösen. Um sich dabei den möglichen Einfluß zu sichern, werden auf je 3000 M. S. G. W.-Aktien auszuliefern 300 M. bar je 2000 M. Leopold-Aktien eingetauscht werden.

Auch hier wird der durchsichtige Gedanke offenbar, den Kohlenverbraucher zum Selbstversorger zu machen, der über seine eigenen Werke verfügt und der auch selbst die Mittel aufbringt, um die Kohlenbasis auszubauen.

Bucherer.

Die Strafkammer in Freiburg i. Br. verurteilte wegen Kettenhandels und Freistreiberei den Agenten Weinich aus Offenburg zu 2000 M. Geldstrafe. Die Direktoren Peder und Rint der chemischen Fabrik Vudenheim zu je 20 000 M. Strafe und Kosten. Es handelt sich um eine Fleischlieferung an die Stadt.

Der deutsch-russische Warenaustausch.

In Berlin ist ein Deutsch-Russischer Wirtschaftsbund e. V. gegründet worden. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des bekannten Wirtschaftstatistikers E. Zuckermann. Es ist ein partiell zusammengelegtes Wirtschaftskomitee vorgesehen.

Die Jahresabschlüsse von Deutsch-Luxemburg.

In der Aufsichtsratsitzung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Vöchem wurden die Bilanzen vom 30. Juni 1919, vom 30. Juni 1920 und vom 30. September 1920 vorgelegt. Es bleibt ein Rohgewinn von ungefähr 5 101 290 bzw. 58 404 371 bzw. 12 761 436 (1917/18: 40 879 885). Hieron wurden zu Abschreibungen auf die Anlagevermögen bestimmt: per 30. Juni 1919 und 1920 je 20 Millionen, per 30. September 1920 8 Millionen und 1917/18 26 Millionen Mark, während der Rest von 16 111 298 bzw. 27 404 371 bzw. 4 781 436 (1917/18: 14 879 885), wie folgt verwendet werden soll: für 1918/19 11 Proz. = 14 800 000; für 1920 12 Proz. = 15 600 000 Dividende, Wohlfahrtspflege 10 Millionen. Für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. September 1920 8 Proz. Dividende = 8 000 000.

Der Reichverband der Elektrizitätsabnehmer. Auf der Mitgliederversammlung des Reichverbandes der Elektrizitätsabnehmer (Rea) e. V. Berlin-Steglitz, in Erfurt wurde scharfe Verwahrung gegen die Leitlinie der Strompreisverordnung beizulassen, indem auf die in der Eingabe des Rea an das Reichsministerium begründeten Abänderungsvorschläge hingewiesen wurde. Ferner wurde der Antrag des Vorstandes, beim Reichsfinanzministerium auf Ausziehung des Verbandes in allen Fragen der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft nachdrücklich unterstützt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Londoner Beschlüsse.

Ausführlich nahm der Kongress zur Frage des Pazifismus Stellung. Es gelangte folgende Entschliessung zur Annahme: „Der Internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, dass die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterklasse nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwirklichen ist.“

Er brandmarkt als Schandtat und verurteilt ebenso alle Kriegsunternehmen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.“

Die Resolution zur Volatfrage hat folgenden Wortlaut: „In Erwägung, dass die Wirkungen der Salutarfrage nicht nur bestehend sind für die vom Kriege betroffenen Länder, sondern auch die am meisten begünstigten Länder stark bedrohen durch die Verschärfung des internationalen Austauschverkehrs und in deren Gefolge entstehende industrielle Krisen, unter denen die Arbeiter leiden.“

„Weist der Internationale Gewerkschaftskongress darauf hin, dass ein solcher Zustand nicht anzuhalten kann ohne den Umlauf der Rohstoffe und Fertigsfabrikate, die Nahrungsversorgung der Länder, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten zum Stillstand zu bringen, dass

bieser Zustand des Bankrotts,

in dem sich fast überall viele Länder befinden, begleitet ist von ungenügender Produktion der Finanzmittel, welche die entscheidenden Formen des kapitalistischen Systems aufweist, das die Wirtschaftslösungen, die unerwartete Piefkaltung der Welt, die unvorstellbaren hohen Preise der Lebens- und Verbrauchsmittel herbeiführt und so für die wachsende Hungersnot der Völker verantwortlich ist.“

Demgemäß erklärt der Kongress, dass die Lösung der internationalen Finanzprobleme mit der wirtschaftlichen Aktivität und der solidarischen Existenz der Völker untrennbar verbunden ist, empfiehlt der Kongress die

allgemeine Annäherung der internationalen Kämpfe,

die aus dem Kriege resultieren, als eines der radikalsten Mittel, die anzuwenden sind, um fortan den Wirkungen der Volatfrage entgegenzuwirken;

nationalen, und überall wo dies möglich ist, internationale Maßnahmen sollen getroffen werden, um die mangelnden Emissionen zu beschleunigen und einen anomalen Geldumlauf einzuschränken; die hierzu erforderlichen Mittel wären durch Unterdrückung unnötiger Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, zu beschaffen, wie auch durch

beträchtliche Vermögenssteuern.

Der Kongress legt jedoch das Hauptgewicht auf internationale Maßnahmen, ohne die die Vorteile der einzelnen Länder vernachlässigt werden müssen, und ohne welche auf die größte Zahl der Nationen selbst nicht zu wirken vermögen. Diese internationalen Maßnahmen müssen weitergehen als die Neuerröffnung von Handelskrediten. Sie können nur durchzuführen werden, indem dem Völkerbunde oder einer diesem unterliegenden Organisation die

Kontrolle einer internationalen Anleihe,

überstellt wird die wirksamen Reichthümer und Einkünfte aller Völker ohne Ausnahme, übertragen wird. Über Ertrag würde unter der Kontrolle des Völkerbundes den verschiedenen Ländern zugewiesen werden, entsprechend ihrer Bedürfnisse, um zur Dehuna ihrer Finanzen und zum Wiede ihres Wiederaufbaues und der Belebung ihrer Produktion, unter Ausschluss jeder anderen Aufgabe, verwendet zu werden. Der Kongress betont besonders, dass diese Maßnahmen keineswegs militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Anstrengungen der Völker auf den allgemeinen Frieden hin gerichtet seien.

Der Kongress erklärt, dass diese Maßnahmen, deren Wirksamkeit sich auf eine gewisse Zeit verteilen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiterinternationale betrefens der Produktion, die Verteilung der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgen dürfen. Sie müssen ebenso wie diese letzteren, zu einer Solidarisierung aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.“

Elektrizitätsarbeiter und Arbeitslose.

In einer am Dienstag tagenden Vollversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Städtischen Elektrizitätswerke wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der den Arbeitslosen die Solidarität der Arbeitenden ausgedrückt und gesagt wird: „Die Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke stellen folgende Forderungen für die Arbeitslosen auf und sind gewillt, dieselben annehmen mit den Arbeitslosen zu erfüllen:

1. Erhöhung der Unterstützung auf volle Höhe des Existenzminimums.
 2. Eingliederung in den Produktionsprozess.
 3. Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn.
 4. Abbau der Lebensmittelpreise und Bekämpfung des Hungers.
- Bei der städtischen Elektrizitätswerkarbeiter erkennen, dass in dem kapitalistischen Staat den Arbeitslosen nicht geholfen werden kann, fordern sie von den Gewerkschaften, dass sie sich diese Forderungen zu eigen machen. Desgleichen fordern wir von den proletarischen Vertretern in den Parlamenten, dass sie gleichfalls für diese Punkte kämpfen, um die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische zu überführen.

Scharfmacher unter sich!

Am 5. Dezember fand eine Versammlung der Arbeitgeber des Möbelhandels und der Abzählungsgeschäfte statt, an der auch Vertreter der Holzindustrie teilnahmen. Besprochen wurde das Vorgehen des Afa-Bundes, welcher sämtliche Berliner Möbelhändler und Abzählungsgeschäfte erwidert hatte, den unterm 5. November d. J. gefällten Schiedsspruch anzuerkennen. Es wurde beschlossen, dem Afa-Bund auf dieses Schreiben keine Antwort zukommen zu lassen. Herr Voets versprach, den Vertreter des Demobilisierungsausschusses so zu bearbeiten, dass eine Ablehnung des Schiedsspruchs erfolgt. Er meinte, man müsse die ganze Lohnbewegung verschleppen, denn spätestens bis April würden in Deutschland andere Zustände herrschen.

Man sieht, dass brutale Machtgelüste die Arbeitgeber veranlassen, berechnete Forderungen ihrer Arbeitnehmer niederzuhalten und dass die Herren mit Eifer dabei sind, die Erbitterung unter denselben toten zu schüren, das erst. Kompensationen entstehen könnten. Aufgabe der Arbeitnehmer muß es sein, den Kampf mit aller Energie durchzuführen, dabei aber doch Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Wir können mitteilen, dass einzelne Arbeitgeber, angeleitet durch die Art der Verhandlung und durch den Systemus, der sich in dieser Versammlung unter den Arbeitgebern breitmachte, die Forderungen der Angestellten bewilligt haben.

Vertreterversammlung der Bühnengehörigen.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger trat Dienstag zu einem außerordentlichen Vertretertag zusammen. Vom Bezirksverband Groß-Berlin wurde der Antrag gestellt, an Stelle des Präsidenten Gen. Riedel einen anderen Leiter der Versammlung zu wählen. Da die Satzungen dem widersprechen, mußte der Antrag zurückgezogen werden. Die Versammlung ist stark von Lokalverbänden aus dem ganzen Reich besucht. Auch Vertreter deutschertheatralischer Bühnengehöriger wohnten den Verhandlungen bei. Anwesend sind 168 Vertreter.

Nach endlosen Geschäftsordnungsdiskussionen bezieht Riedel über die genossenschaftliche Tätigkeit seit der letzten Vertreterversammlung im März 1919. Inzwischen ist die Genossenschaft in eine Gewerkschaft umgewandelt und der Afa angeschlossen. Die Eigenart des Theaters und der Schauspieler aber bedingen, dass die Bühnengenossenschaft nicht wie eine Gewerkschaft der Metall- oder Transportarbeiter behandelt werden kann. Den Augusttag des deutschen Theaters auszumitteln, dazu reicht die Kraft von 10 Verfassern nicht aus. Die Lust im deutschen Theaterwesen ist wesentlich gereinigt worden. Wenn der Tarif und Normalvertrag nicht vor vollen Verzicht auf die Forderungen der Bühnengehörigen ausreichen könnte, so liegt die Schuld an den Schauspielern selbst, die nicht immer alle Fälle von Verdrüss der Leitungen gemeldet haben. Ueber die Wünsche der deutschen Theaterbetriebe haben nur diejenigen zu bestimmen, die in den Theaterbetrieben tätig sind, das sind die deutschen Schauspieler. Die sogenannten gemeinnützigen Theater weigerten sich, gewisse Bedingungen des Tarifvertrages anzuerkennen. Erst die Einberufung dieser außerordentlichen Vertreterversammlung brachte sie dazu, dem Bühnendirektor beizutreten. Wir haben kein großes Vertrauen, dass dies lange währen wird. Wenn es zum Kampf gekommen wäre, dann wäre es den Theatern schlecht gegangen. Wir wären entschlossen gewesen, den Kampf zu führen. Natürlich begrüße ich es, wenn wir ohne Kampf auskommen. (Zurufe.)

Die gefährdeten Theater in den besetzten Gebieten sind durch den Bühnendirektor und die Genossenschaft ausreichend subventioniert worden. Die Franzosen sind andauernd bemüht, das Ensemble mit französischen Kräften zu durchsetzen. So hat in Paris der französische Kommandant angeordnet, dass bei einer Carmen-Vorstellung; Nicolai, Carmen und José mit französischen Sängern besetzt werden müssen. Auch in Oberschlesien ist es gelungen fünf Theater an den Hauptplätzen wie Oppeln, Ratowitz usw. ausreichend zu subventionieren, um das Deutschtum zu stützen.

Zum Schluss erklärt Riedel, dass wenn auch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Bühnendirektor besteht und tarifliche Fragen auf friedliche Weise gelöst werden müssen, so sei die Genossenschaft dennoch in allen Dingen entschlossen, einen Kampf zu führen, wenn die Forderungen der Schauspieler von den Arbeitgebern nicht in Güte erfüllt werden. (Beifall.)

Darauf belämpft Gempin-Verein, der Vorsitzende

der Radikalen in der Genossenschaft, die von der Genossenschaft betriebene Tarifpolitik und das Zusammenarbeiten mit dem Bühnendirektor in der Arbeitsgemeinschaft.

Die Verhandlungen werden heute von 9 bis 12 Uhr in geschlossener Sitzung, von 12 Uhr ab öffentlich fortgesetzt.

Christliche Betriebsorganisation.

Der Betriebsrat der Straßenbahner Berlins hatte für den Bahnhof S. Ziegel, eine Betriebsversammlung einberufen, zu der außer den Anhängern der Betriebsorganisation (B. O.) auch die „Christen“ erschienen waren. Obwohl der Betriebsrat Erbauer der Versammlung und ein Mitglied der Betriebsvertretung als Referent angezeigt war, stellten die revolutionären Mannlein der B. O. den Antrag, dass in der Debatte kein Betriebsratsmitglied sprechen dürfe. Die Christen unterstützten den Antrag. Die Abstimmung war zweifelhaft, da aber die Leute der B. O. drohten, dass sie keinen Vertreter des Betriebsrats zum Worte kommen lassen würden, gab der Vorsitzende der Betriebsrats der Straßenbahnen folgende Erklärung ab: „Da es sich hier um eine Versammlung handelt, welche lediglich vom Betriebsrat einberufen wurde, kann ich es unter keinen Umständen zugeben, dass die Betriebsräte entmündigt werden und verzichte deshalb auf mein Referat. Ich fordere die freierwerbschaftlichen Kollegen sowie sämtliche Betriebsräte auf, den Saal zu verlassen.“ Der revolutionäre B. O.-Mann Wegner übernahm darauf die Leitung der Versammlung und forderte den mit vier Bestimmungsfreunden anwesenden Sekretär des christlichen Verbandes auf, ein Referat über die beste Organisation zu halten. Und o Wunder, während die doch durchaus nicht zahnlose Vertreter der freierwerbschaftlichen Straßenbahner durch dauernde Zwischenrufe am Reden verhindert wurden, lauteten die revolutionären Betriebsorganisiererten den Ausführungen des Christen wie eine Offenbarung.

Und in den Armen liegen sich beide. In der Mitte treffen sie sich: Bei den Weibeln!

Trohender Streik im Arzneigroßhandel!

Dem unterm 25. November 1920 vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin gefällten Schiedsspruch hatten sich die Arbeitnehmer — obwohl ihre Wünsche bei weitem nicht genügend berücksichtigt worden waren — unterworfen. Die Arbeitgeber dagegen haben den Schiedsspruch — obwohl er den Arbeitern nur ganze 5 Proz. mehr brachte, als sie schon aufgestanden hatten — abgelehnt. Herr Dr. Engel vom Arbeitgeberverband hatte ja schon bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss mit dem Streiken der Angestellten gespielt. Der Kampf scheint dadurch unvermeidlich. Schließlich liegt die Entscheidung beim Demobilisierungsausschuss. Die Kolleginnen und Kollegen eruchen wir, sich bereit zu halten!

Ein eigenartiger Schiedsspruch wurde von dem Schlichtungsausschuss für das Spiritusgewerbe gefällt. Der Anstelltenrat der Verwertungsstelle des Braunwein-Monopolantes war bei der Direktion um Aufhebung der Gehälter vorheilig geworden. Da dieses abgelehnt wurde, ist der Schlichtungsausschuss angerufen worden. Dieser sprach den beiden höchsten Gehaltsgruppen je 20 Proz. Zulage zu, hingegen den beiden niedrigsten Gehaltsgruppen je 15 Proz. Aufbesserung für angebracht. Die Angestellten der höchsten Gehaltsgruppe beziehen jetzt bereits 850 M. monatlich mehr als diejenigen der niedrigsten Gruppe. Die Forderung war mit der allgemeinen Teuerung herabgesetzt. Es erweist demnach, als wenn der Schlichtungsausschuss der Ansicht ist, dass die Teuerung für die besser bezahlten Angestelltengruppen im höheren Maße besteht.

Die Bezirksversammlungen der Buchdrucker wählten am Montag die Bezirksleiter und Delegierten für die Generalversammlung 1921. In 10 Bezirken wurden Kollegen gewählt, die auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen. Nur im 4. Bezirk (Osten) ist durch die Jaghaftigkeit der Kollegen noch keine volle Arbeit geschaffen. Verschiedentlich wurde flehentlich gebeten, die Verhältniswahl zu gewähren.

Für Moskau. Ein außerordentlicher Kongress der lotbrinatischen Gewerkschaften stimmte mit 16429 gegen 8642 Stimmen bei 794 Stimmenthaltungen für den Anschluss an die Moskauer Internationale.

Deutscher Transportarbeiterverband. Kollegen aus den Brauerreibeiden lauten, Biervertriebs-Gesellschaften und Biervertragsgehilfen am 1. Donnerstag, 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelier 15, Saal 1: Mitgliedererwerbungsversammlung.

Generalverband der Angestellten. Sachgruppe 7a. (Angestellte der Firma Hertel.) Oeffentliche Versammlung, 7½ Uhr, Rühlstraße, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31. — Sachgruppe 17 L. (Schokoladen- und Konfektverarbeiter.) Mitgliederversammlung, 8 Uhr, im Verbandslokal, Belle-Alliance-Strasse 7/10.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Zinner u. Co., Berlin. Einbinder: A. Dietz 2 Bellagen.

Berlin C2 RUDOLPH HERTZOG Berlin C2

Breite Straße Brüderstraße

Preiswerte Angebote für das Weihnachtsfest:

ABTEILUNG FÜR MÖBEL

IM 3. STOCKWERK:

Bequeme Sessel mit Leder- und Gobelinbezug. Geschnittene Arm-ehnstühle, historische Formen. Korbmöbel in Peddigrroh und Weidengeflecht. Weiß lackierte Möbel mit Stoffbespannung.

TEETISCHE · RAUCHTISCHE · NÄHTISCHE SPIELTISCHE · FRISIERTISCHE · ZEITUNGSSTÄNDER · BLUMENTISCHE · KOMMODEN SCHREIBTISCHE · GLASSCHRÄNKE · STANDUHREN · BÜCHERSCHRÄNKE · WÄSCHEBEHÄLTER · WANDSCHRÄNKE TRUHEN ARBEITSKORBCHEN MIT STOFF GARNIERT.

ZIMMEREINRICHTUNGEN

Orient-Teppiche

Brücken und Vorlagen

bis ca. 150 cm lang, v. M. 2000 an, bis ca. 250 cm lang, v. M. 4.00 an

Teppiche

bis ca. 300 cm lang, v. M. 550 an | bis ca. 400 cm lg., v. M. 15000 an
 bis ca. 350 cm lang, v. M. 9500 an | bis ca. 450 cm lg., v. M. 23000 an
 bis ca. 650 cm lg., v. M. 36000 an

Reichhaltiges Lager in feinen antiken Teppichen · Decken · Vorhängen

HANDARBEITEN

angewogen, gezeichnet, fertig wunderbare moderne, farbenprächtige Gebilde in reicher Auswahl

Strumpfwolle vorzügl. Gespinste 100g M. 18.- bis 26.-
 Stickfäden, Seide, Wolle, Baumwolle gut u. preiswert

GARDINEN-ABTEILUNG

Erbstüll-Band-Stores von M. 85.- an
 Tüllgarnituren von M. 115.- an
 Bunte Etamine Garnituren . . . von M. 192.- an
 Echte dunkle Madrasse . Mtr. von M. 69.- an
 Tüll- u. Band-Bettdecken v. M. 120.- bis 150.- an
 Echte Madras-Garnituren . . . von M. 335.- an

TISCHDECKEN · FLÜGELDECKEN

aus Gobelin- und Seidenstoffen in beliebten vornehmen und neuartigen Zusammenstellungen. Runde Decken in reicher Auswahl.

KISSEN

in schönen geschmackvollen Ausführungen aus Gobelin- u. Seidenstoffen. Reiche Auswahl in Stoffen für Kissen u. Lampenschirme.

LAMPENSCHIRME

i. d. neuesten Formen und Farbestimmungen vorrätig. Anfertigungen nach besond. Wünschen in kurzer Zeit.

Dicke Fries-Stoffe: Zur Abhaltung der Kälte · Viole Farben vorrätig

In Baumwolle, Haarfries u. zweiseitig Sealskinplüsch. 125-140 cm breit. das Meter M. 35.-, M. 68.-, M. 80.-, M. 95.- und M. 101.-

: Dicke Fries-Stoffe